VIETNAM

Analyse e. Exempels
Trari · Trara – die Pest ist da!
Che Guevaras Abschiedsbrief an Fidel Castro

6 DM –.50

fact

UNSERE VERFASSUNG IST IN GEFAHR

Kurz vor Beginn des DGB-Bundeskongresses in Berlin hielt es Bundesinnenminister Lücke für angebracht, die Gewerkschaften in der Notstandsfrage zu erpressen. Hat er sich schon mit dem „Abbau der Wohnungszwangswirtschaft", für die er als Wohnungsbauminister verantwortlich war, einen unrühmlichen Namen gemacht, so empfiehlt er sich nun mit dem im Innenministerium vorbereiteten Abbau der Demokratie als Musterminister für faschistische Staaten. Leider bestehen keine Aussichten, daß Lücke, Jäger und Konsorten sich nach Südwesten absetzen, sondern vielmehr autoritäre Regierungsformen hierzulande mit aller Gewalt einführen.

Nach Lückes Aussage sind in seinem Ministerium Vorbereitungen für den Notstandsfall ausgeheckt worden, die „diejenigen, die diese Gesetze gesehen haben", „etwas bleich" werden ließen. Wenn im Bundestag die notwendige Zweidrittelmehrheit zur Verfassungsänderung, wie sie für die Installierung einer Notstandsverfassung nötig ist, nicht zustande kommt, sollen im Ernstfall diese „Gesetze" in Kraft treten. „Wir sind auf den Tag X vorbereitet", sagte Lücke. „Hier im Innenministerium wird es keine Verlegenheitspause geben."

Es bedürfe nur eines Druckes auf den Knopf, um Notstandsmaßnahmen anlaufen zu lassen. Aber was aus der Demokratie werde, stehe auf einem anderen Blatt. Wie es heißt, sind die Schubladenverordnungen schon an die unteren Verwaltungsinstanzen verteilt worden; Kennziffern seien vorbereitet, um ihren sofortigen Vollzug gewährleisten zu können.

Unbestritten ist es Pflicht einer jeden Regierung, Vorsorge für den Krieg zu treffen. Aber das hat in einer Demokratie öffentlich zu geschehen! Unter Mitwirkung des Parlaments! Und was geschieht tatsächlich? Man überlegte sich, wie bei passender Gelegenheit die junge Demokratie wieder abgewürgt und statt dessen eine formierte Gesellschaft etabliert werden kann. Wie man die Grundrechte, die dem Menschen angeblich von Geburt an zustehen, einschränkt; wie man alle Männer endlich wieder unter Befehlsgewalt bekommt; wie man Kritik mundtot macht — das hat man sich überlegt.

Sind das die berühmten Gemeinschaftsaufgaben? Wir hatten uns darunter etwas anderes vorgestellt: Bildungsnotstand, blauer Himmel über Rhein und Ruhr, saubere Gewässer, bessere Schulen, mehr Krankenhausbetten, menschenwürdigere Renten. Nein, in Bonn denkt man nicht an das Morgen, sondern an das Übermorgen, das nach Regierungsauffassung bestimmt ganz fürchterlich sein wird. Wir stimmen da zu, aber es ist schon heute fürchterlich: Wenn eine demokratische Regierung gewillt ist, die Verfassung zu brechen — und sei es auch auf Geheiß der Alliierten —, dann bringt sich diese Regierung um ihre Legitimation.

Es stellt sich unwillkürlich die Frage, was die Schubladenverordnungen uns noch bescheren werden, da die „einfachen Notstandsgesetze" schon tief und spürbar in unser Leben eingreifen: Luftschutz, straffe Lenkung der Wirtschaft, Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Zivilschutzkorps, Sicherstellung der Ernährung, wobei selbst wildwachsende Nahrungsmittel dem staatlichen Zugriff nicht entzogen sind. Ist das noch nicht genug der Vorsorge? Will man auch Internierungslager (um es vornehm zu formulieren) einrichten? Die Todesstrafe für alle einführen, die nachdenken und zum Widerstand gegen die Regierung aufrufen, weil sie selbst die Verfassung verrät?

E. F.

(zitiert aus IG. Druck und Papier Nr. 12.66)

Herausgegeben vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund Köln
Anschrift der Redaktion und Anzeigenverwaltung:
Karl-Heinz Rüpprich, 5 Köln-Weidenpesch, Scheinerstraße 58
Verantwortlich: Werner Loch
Illustrationen: Gisela Imhorst
Umschlagentwurf und Druck: Werkstätte für Gebrauchsgraphik, E. Hanisch, Köln, Bonner Str. 24
„facit" erscheint fünfmal im Jahr
Jahresabonnement 2,— DM und Zustellgebühr

VIETNAM - Analyse eines Exempels

Vietnam und die Bundesrepublik

Dr. Klönne referierte über die Vietnampolitik der Bundesregierung. Anhand einer sehr informativen Zusammenstellung von Daten und Zitaten wies er zunächst nach, welches Ausmaß die materielle, politische und moralisch-propagandistische Unterstützung der amerikanischen Intervention in Vietnam durch die BRD bereits angenommen hat. Aus der vorbehaltlosen Akzeptierung der Politik der USA durch die Bundesregierung und die im Bundestag vertretenen Parteien einerseits und aus dem wiederholten Drängen der USA nach einem „weitergehenden" Engagement der BRD in Vietnam andererseits leitete der Referent die immer größer werdende Gefahr einer auch militärischen Parteinahme ab, zumal die einseitigen sogenannten „humanitären" Maßnahmen schon heute nichts anderes darstellen als eine waffenlose Kriegshilfe. Dr. Klönne stellte die Frage, ob damit nicht eine Politik betrieben werde, die gegen die Verfassung und die Regeln des Völkerrechts verstößt, indem sie das Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges (GG Art. 25/26) mißachtet.

Das Motiv der bundesrepublikanischen Unterstützung des Vietnamkrieges ergab sich für den Referenten aus dem Streben der Bundesregierung nach einer militärischen Großmachtkontrolle. Das Drängen nach Beteiligung an einem atomaren Waffensystem drohe die BRD in eine zunehmende Isolierung von den westeuropäischen Staaten zu bringen, die solche Bestrebungen mit großer Skepsis beobachten. In dieser Situation komme der Vietnamkonflikt wie gerufen, um die Achse Bonn-Washington zu stärken und das verstaubte Requisit der angeblichen Aggressionslust der Kommunisten neu auszustaffieren. Als zweiter Referent sprach Prof. Marcuse zur Opposition gegen die amerikanische Vietnam-Politik in den USA selbst.

Arnaud de Borchgrave, Redakteur von „Newsweek", schätzt, „daß wir für jeden Vietkong zehn Zivilisten töten oder verwunden", und belegt das damit: „Wenn US-Truppen etwa bei 314 Toten nur 18 Waffen finden, so kann man sich unschwer ausrechnen, daß unter den im Kampf Getöteten viele Nichtkombattanten waren."

„Wie wollen wir Freund und Feind unterscheiden? Im Zweifelsfall schießt man zuerst und stellt Fragen hinterher." (QUICK)

Frankfurter Rundschau, 1. 11. 65: Die ganze Grausamkeit des vietnamesischen Krieges hat der versehentliche Luftangriff auf das Dorf De Duc erneut ins Scheinwerferlicht gerückt. 48 Menschen mußten sterben, weil sich durch einen „tragischen Irrtum" die Bombenschächte über dem „falschen" Gebiet öffneten.

Das „Ziel" der „Moralischen Aufrüstung" — „sing-out '66" ist eindeutig: „den moralischen Pazifismus beenden und einen kämpferischen Geist schaffen." „Demnächst werden sie in die Militärcamps von Südvietnam gehen, um — so ihr Public-Relations-Manager David Carey — „unsere Boys auch moralisch aufzurüsten."

(Spiegel 25/1966)

1965 verfeuerten US-Einheiten, obwohl der massive militärische Einsatz erst Mitte des Jahres begann, in Vietnam: 1 Milliarde Infanteriegeschosse — 89 Millionen Bordwaffen-Patronen — 27 Millionen Granaten — 5 Millionen Raketen. Die Air-Force warf 2 Millionen Bomben. (Spiegel 49/65)

„Es ist fürchterlich, wenn manche dieser Barbaren, auf deren Seite ich kämpfe, das Land am liebsten mit Atombomben verseuchen würden."

(Gefreiter Dierk Piffko — in: Quick)

Wie in seinem Hauptvortrag analysierte er kurz die verschiedenen Formen der Opposition: 1. die Opposition innerhalb des Systems zum Schutze des Systems (Senatoren) 2. die Protestbewegung der Studenten und der Jugend als Einheit von Politik und Eros; 3. die Opposition unterprivilegierter Gruppen in der Verbindung von Bürgerrechtsbewegung und Vietnamprotesten; 4. die religiös-radikale Bewegung; 5. die Aktionen der Frauenvereinigungen. Daneben stellte er die Formen der Opposition in Europa und in den Entwicklungsländern und kam in allen Fällen zu einer sehr pessimistischen Prognose in Bezug auf die Effektivität dieser Proteste. Immerhin wußte, wer dem Hauptvortrag aufmerksam gefolgt war, daß Prof. Marcuse die „Solidarität des Sentiments", die die verschiedenen Formen diffuser Aggressivität und emotional-instinktiver Opposition gegen eine zunehmend repressive Gesellschaft verbindet, nicht unterschätzt sehen wollte, da ihre Negativität zu einer explosiven Kraft werden könnte. Eine Konzeption im Anschluß an diese Analyse lieferte Prof. Marcuse jedoch nicht, außer dem Hinweis, daß Arbeit am Bewußtsein heute politische Arbeit und Bedingung für eine Umwälzung sei.
An diesem Punkt ging Helmut Schauer, der Bundesvorsitzende des SDS, einen Schritt weiter. Er betonte, daß es im spätkapitalistischen System mit den von Prof. Marcuse aufgezeigten sozialpsychologischen Phänomenen vorrangig die Aufgabe sozialistischer Opposition sein müsse, die Ansätze instinktiver Opposition bewußt zu machen und politisch zu formulieren. Insbesondere in der Bundesrepublik sei es dazu nötig, nicht nur über Vietnam und die Emanzipationsbewegungen in der dritten Welt aufzuklären, sondern gleichzeitig die Zusammenhänge mit innenpolitischen Vorgängen wie den Formierungs- und Notstandsplänen aufzuzeigen. Nur so könne es gelingen, auch diejenigen sozialen Schichten, die an den Vorgängen in den Entwicklungsländern nicht unmittelbar interessiert sind, zu erreichen und für den Kampf um die Erhaltung demokratischer Aktionsmöglichkeiten zu aktivieren.
Die Diskussion erbrachte im wesentlichen immer wieder Kritik an Marcuse: er habe eine sozialpsychologische, lediglich konstatierende Analyse geliefert, nicht aber den notwendigen Versuch gemacht, das Analysierte in die Gesamtbewegung des Kapitalismus einzuordnen und strategische Überlegungen daran zu knüpfen. Die Notwendigkeit dieser weiteren Schritte wurde von Prof. Marcuse freilich nicht bestritten.

— k r —

Werkstätte für Gebrauchsgraphik Eberhard Hanisch 5 Köln Bonner Straße 24 Buchdruck Offsetdruck Siebdruck Reprographie Plakate Prospekte Firmenzeichen Messe gestaltung · Fernruf 317724

Außenpolitische Aspekte des Vietnam-Konflikts

Dieser Arbeitskreis schien von den Themen her besonders geeignet, den exemplarischen Charakter des Vietnamkrieges zu fassen. Die Referate von Norman Birnbaum: Die Asienpolitik der kapitalistischen Länder, Theo Pirker: Die Asienpolitik der sozialistischen Länder,
Bo Gustafsson: Sozioökonomische Ursachen der Interventionen kapitalistischer Länder in der „Dritten Welt"
ließen auf einen fundierten Beitrag zur augenblicklichen Imperialismustheorie hoffen. Das allerdings leisteten eher die anschließenden Diskussionsbeiträge. Norman Birnbaums Referat wurde selbst vom Diskussionsleiter Jürgen Habermas ironisch als „einführender Informationsbeitrag" klassifiziert. Theo Pirkers Referat konzentrierte sich auf die Feststellung, daß es sich bei dem Widerspruch zwischen der UdSSR und der VR China um keinen antagonistischen handelt, und auf die These, daß die Außenpolitik der beiden Länder nur aus deren Absicht zu verstehen sei, einen Kordon positiv neutraler, also keineswegs sozialistischer Länder zu schaffen: einen Schutzwall gegen die direkte amerikanische Agression. Eine Differenz zwischen kurzfristigem taktischem Vorgehen der Befreiungsbewegungen, das es zu unterstützen gilt, und dem strategischen Ziel verschwindet in dieser so allgemeingehaltenen These völlig. Als ob ein positiv neutrales Land ein sicherer Garant vor dem amerikanischen Angriff sei als ein sozialistisches. Daß die Befreiungsbewegung nicht a priori eine sozialistische ist, sondern in diese erst umgewandelt werden muß, wird Pirker zum Indiz, daß Sozialismus überhaupt nicht gewollt wird. Auf die Haltung gegenüber Vietnam wurde in dem Referat überhaupt nicht eingegangen. Bo Gustafsson holte einiges wieder auf. Das dankte ihm das Publikum durch gezielten Beifall. Seine geschlossene Imperialismustheorie beschränkte sich aber zu sehr auf den ökonomischen Faktor des direkten Profitinteresses und auf die Analyse des personalen Zusammenhangs der ökonomischen und politischen Elite.
Die Diskussionsbeiträge brachten notwendige Ergänzungen und Akzentuierungen der Imperialismustheorie.

Suchen Sie...

eine ZEITUNG, die größten Wert auf die Vermittlung von Informationen legt, die zu einer sachlichen Beurteilung der politischen Lage und Entwicklung notwendig sind —

eine ZEITUNG, die von einem demokratischen und sozialen Standpunkt aus an der Politik teilnimmt und die besonders für alle Aspekte gesamtdeutscher Probleme ein Forum bietet?

Dann sollten Sie

die DEUTSCHE VOLKSZEITUNG nicht entbehren!

Ein Abonnement dieser Wochenzeitung kostet nicht mehr als DM 1,90 im Monat!
Verschaffen Sie sich einen Eindruck!
Postkarte genügt — und Sie erhalten unverbindlich die nächsten 3 Ausgaben der

DEUTSCHEN VOLKSZEITUNG

4 Düsseldorf, Oststr. 154

I. Die imperialistische Politik der kapitalistischen Länder läßt sich nicht bruchlos ableiten aus dem Zirkulationsmechanismus von Export der Überschußproduktion und Import billiger Rohstoffe. Denn

a) das Wirken des Kapitalismus in den Entwicklungsländern ist gerade dadurch charakterisiert, daß die Bevölkerung arm blieb durch die Ausbeutung. Das Desinteresse an Export in die „Entwicklungsländer" zeigt sich an dem niedrigen prozentualen Anteil, den er im Gesamtexport ausmacht [1])
b) ausgenommen bei Erdölgebieten haben die kapitalistischen Staaten immer weniger Interesse an Rohstoffimporten, wegen der Entwicklung künstlicher Produkte, wegen des Handelsbilanzdefizits und der zunehmenden Autonomie der kolonialen Länder [2]).

II. Gegen diese Theorie, die — von Rosa Luxemburg zum Beispiel vertreten — Imperialismus und Kapitalismus gleichsetzt, begriff Lenin den spezifischen Charakter des Imperialismus im Kapitalexport, der notwendig wurde durch den Kapitalüberschuß der entstandenen Monopole. Allerdings zeigt sich heute dieses Moment nicht mehr tragend, da auch hier der Kapitalismus zur „Eigenbedarfsdeckung", d. h. zur Rüstung, übergegangen ist.
Falsch jedoch scheint die Ausschließlichkeit des Arguments [3]), nur ein bis drei Prozent des Kapiatlexports gingen in die „Entwicklungsländer". Hierin bleibt der indirekte, aber für die Akkumulation wesentliche Kapitalexport in Form von Schwerindustrie unberücksichtigt. Die Investitionsgüterindustrie ist nicht unwesentlich abhängig von den imperialistisch besetzten und den „freien" Entwicklungsländern, die sich unter amerikanischer Kontrolle befinden.
Kritik: Aufgrund dieser ökonomischen Faktoren besteht die Tendenz, deren konstitutives Moment überhaupt zu unterschlagen. Die absoluten Zahlen verdecken häufig, was sich im einzelnen hinter ihnen verbirgt.

a) zwar nimmt der Konsumgüterexport heute eine geringe Rolle ein. Es zeigt sich aber eine Tendenz, Kapitalinvestitionen im Hinblick auf Absatzmärkte von morgen zu unternehmen. Wesentliches Problem ist hierbei die „Instabilität" der Regierungen
b) relativ hat der Rohstoffimport noch besondere ökonomische Bedeutung. So trägt Malaysia z. B. 44 % der Weltzinnproduktion und befriedigt 60 % des amerikanischen Bedarfs;
c) daher auch der Kapitalexport in diese Länder, die eine billige Produktion erlauben, besonders Ölexportländer;
d) von gesamtgesellschaftlicher und ökonomischer Bedeutung ist die Konkurrenz zu den Entwicklungsländern, deren Preise für Rohstoffe gedrückt werden, um Produktivitätssteigerungen [4]) und damit die ökonomische Unabhängigkeit von den kapitalistischen Ländern zu verschleppen.

III. Der Imperialismus ist heute zunehmend durch seinen politischen Charakter definiert.
Sein Ziel ist nicht allein, den status quo zu halten, sondern aggressiv selbst dort noch, wo sich ein junger Sozialismus durchsetzen konnte, ihn wieder zu zerschlagen. Das ist keine austauschbare Politik, da der Kapitalismus seine Überlegenheit nicht als Idee und geschichtlichen Fortschritt beweisen kann, sondern nur, wie es sich bis in die Antipartisanenstrategie hinein äußert, durch Terror.
Der expansive Kapitalismus ist in sich aggressiv, national in Form der Faschisierung, international in Form des Imperialismus.
IV. Über die Bedeutung der Rüstung wird heute gestritten. Unbestritten gilt sie als der einzige stabilisierende Faktor der kapitalistischen Wirtschaft.
Bezweifelt aber wird der Krieg als ökonomisch wesentlich. Zu bedenken ist: die reibungslose und kontinuierliche Kapitalinvestition in Rüstung erfolgt aufgrund der technischen Innovation, d. h. des „natürlichen" technischen Verschleiß' der Rüstungsgüter. Die Akkumulation des Kapitals jedoch verlangt nicht nach einer einfachen Reproduktion, sondern nach einer auf erweiterter Stufenleiter. Ansonsten träte eben das ein, was durch Rüstung verhindert werden soll: Kapital läge brach. Entsprechend der Akkumulation muß auch die Stückzahl steigen. Indiz hierfür ist der steigende Militäretat, der sich weniger nach militärischem Bedarf als nach dem des Kapitals richtet.
Zweifellos löst Krieg als „zusätzlicher unnatürlicher" Verschleiß diesen Widerspruch besser, da er den steigenden Etat erst „legitimiert".
V. Von der Rüstung ist die Stabilität des Systems, die ganze sozio-ökonomische Struktur der Gesellschaft abhängig.
Eine Erschütterung im Rüstungssektor ist eine der Gesamtwirtschaft, im Gegensatz z. B. zum Bergbau oder anderen wirtschaftlichen Teilbereichen. Rein ökonomisch gesehen vermag ein Krieg in Vietnam über die einzelnen Profite hinaus Krisen und Repressionen abzuwehren. — g m —

Politische und juristische Aspekte des Vietnam-Krieges

Viele — bestenfalls liberale — Spiegel-Leser lockte außer Sozialisten Conrad Ahlers, wegen der Strauß-Festnahme in Spanien zu Unrecht als Radikaldemokrat glorifiziert, in diesen Arbeitskreis — zu Unrecht, ist doch sein Eintreten für die „Werkzeuge des Freiheitsmordes" (Jaspers Bezeichnung für die Notstandsgesetze) allbekannt. Über „Krieg und Bürgerkrieg" sollte der in den USA geschulte Militärexperte referieren. Statt militärtheoretisch-wissenschaftlicher Analyse am Beispiel Vietnam schwätzte er jedoch — völlig unvorbereitet — in dem Bewußtsein, seine Anwesenheit allein bereichere schon den Kongreß. Das tat sie zweifellos nicht, Ahlers war völlig überflüssig. Einige seiner zusammenhanglosen Partikel — noch die besten, zitierfähigen: In Vietnam gäbe es vier kriegerische Parallelbewegungen: 1. Buddhisten — Regierung; 2. Sozialrevolutionäre Nationale Befreiungsfront — traditionell reaktionäre Diktatur der Oberklasse; 3. Demokratische Republik Vietnam — Südvietnam; 4. Interventionskrieg der Großmächte. Der Legitimation des Kampfes der Nationalen Befreiungsbewegung gegen die Unterdrücker folgte der Versuch, auch eine für die barbarische Einmischung der USA zu finden — und, wen wundert's — Ahlers machte es möglich. Nach Ablehnung aller gängigen ideologischen Apologien fand Ahlers heraus, daß der Wunsch einer anti-kommunistischen Minderheit, die nicht so leben möchte wie die Brüder im Norden, den wenn auch nicht zu begrüßenden Kampf der USA legitimiere.
Der wohl stärkste Referent des Kongresses, Prof. Dr. jur. Abendroth, machte diesen Fehlgriff jedoch wett. In juristisch unangreifbarer Weise, die durch ihre soziologisch-politische Vermittlung nicht positivistisch blieb, entideologisierte er die amerikanische Aggression und Intervention als die Emanzipation von jeder völkerrechtlichen Rechtsordnung und das Antreten eines organisierten Mordzuges. Als Indizien dienten u. a.: 1. Verstoß gegen das Interventionsverbot des Art. 2/VII der UN-Satzung; 2. Permanente Sabotage der Genfer Vereinbarungen, mit denen sich die USA durch ein Zusatzschreiben einverstanden erklärt hatten, so: Sabotage freier Wahlen, Verstoß gegen das Waffenlieferungsverbot; 3. Verstoß gegen die Haager Landkriegsordnung: keine Kriegserklärung an Nordvietnam — ein Verbrechen, das den japanischen Interventen von Pearl Harbour die Todesstrafe einbrachte; 4. Ständige Verletzung des Abkommens über die Behand-

---

Cabot Lodge gab in „US News and World Report", 15. 2. 65, offen zu, was die Amerikaner in Vietnam n i c h t erstreben: „Wir sind nicht dort unten, um die Demokratie zu propagieren."

Studentensprecher in Saigon: „Die amerikanischen Soldaten haben unsere Frauen zu Prostituierten und Barmädchen gemacht."

Gordian Troeller (STERN, Nr. 23/1966): „Die südvietnamesische Hauptstadt Saigon (ist) zu einem Freudenhaus geworden, in dem Generäle, Huren und Zuhälter sich am Krieg bereichern und als Reiche und daher Mächtige mehr zu sagen haben als die anständigen Bürger und Bauern."

„Viele Menschen mögen zweifeln, ob die USA mit gleicher Härte zuschlügen, wenn sie es mit einem weißen und nicht mit einem gelben Volk zu tun hätten." (Rudolf Augstein)

Prof. Dr. theol. Hans-Werner Bartsch: „Der Kessel von Da Nang (etwa 2000 Vietkong von amerikanischen Ledernacken eingeschlossen) tritt an die Seite des Warschauer Ghettos. Die Vietkong sind nicht weniger Kämpfer für ihre Freiheit und Menschenwürde als die Juden in Warschau, und die amerikanischen Ledernacken sind nicht weniger unmenschliche Mörder als die SS-Leute, die mit Panzern gegen die Juden vorgingen."

Gefreiter Dierk Piffko, als deutscher Auswanderer in Amerika zum Wehrdienst eingezogen: „Wir stießen auf ein altes Ehepaar. Einer von uns schoß auf sie, wohl aus Langeweile oder wie jemand, der auf Hasenjagd geht. Er schoß dem alten Mann die Zehen ab und war noch stolz darauf. Andere lachten." (Quick)

lung der Zivilbevölkerung: Einsatz von Insektenbekämpfungs- und Entlaubungsmitteln und sog. ungiftigem Gas, das schon Todesopfer in den eigenen Reihen gefordert hat.
Die Hoffnung aller Völker der Welt nach dem 2. Weltkrieg, eine Völkerrechtsordnung zur Durchführung der friedlichen Koexistenz aufzubauen, wird damit jeden Tag von den USA, von der herrschenden Oberklasse, der „power elite" dieses Landes mißachtet. Abendroth und einige Diskussionsredner ergänzten die Liste amerikanischer Völkerrechtsverletzungen, um damit zu beweisen, daß Vietnam keinen Einzelfall der amerikanischen Politik darstellt:
Die vom CIA, dem Erfüllungsgehilfen amerikanischer Völkerrechtsvorstellungen, angezettelte Revolte gegen den parlamentarisch rechtmäßig regierenden persischen Ministerpräsidenten Mossadegh (1953)
Der gegen den angeblich prokommunistischen Staatspräsidenten Jacobo Arbenez Gutman gerichtete Umsturz in Guatemala (1954)
Die Verdrängung Souvanna Phoumas (1960)
Die mißglückte Invasion in der Schweinebucht von Cuba (1961)
Der Umsturz im Irak (1963)
Die Invasion in die Dominikanische Republik etc.
Lenins Worte aus dem „Bericht über die Außenpolitik" vom 14. Mai 1918 finden Bestätigung:
„Sie wissen, was Verträge wert sind und was Gesetze wert sind angesichts entbrannter internationaler Konflikte — sie sind nichts als ein Fetzen Papier.
Man pflegt diese Worte zu zitieren und sich ihrer zu erinnern als eines Musterbeispiels für den Zynismus der Außenpolitik des Imperialismus, der Zynismus liegt aber nicht in diesen Worten, sondern in dem schonungslosen, grausam schonungslosen und qualvoll schonungslosen imperialistischen Krieg, in dem man alle Friedensverträge und alle Neutralitätsgesetze mit Füßen getreten hat, mit Füßen tritt und so lange mit Füßen treten wird, wie der Kapitalismus existiert." [1]) — hl —

[1]) Lenins Werke Bd. 27, S. 361/362, Dietz-Verlag, Berlin, 1960.

5 Möbelhallen - geschultes Fachpersonal - eine große Auswahl neuester Modelle aus eigener Fabrikation und führender Möbelhersteller finden Sie im Kölner

Möbel - Verkaufslager
LOCHTHOWE
Inhaber Schreinermeister W. Lochthowe
Köln - Weidenpesch · Merheimer Str. 426

Ihre Einrichtungswünsche zu erfüllen, ganz gleich ob Sie bar zahlen oder mit Teilzahlung kaufen wollen, ist stets unser Bestreben - irreführende Preisangebote machen wir nicht, wir sagen: ansehen + prüfen. Ihr Nutzen - kein Laden - darum preisgünstig. Ihre Gebrauchtmöbel nehmen wir zu Höchstpreisen in Zahlung - Sonderwünsche erfüllen wir in eigener Polier- und Schreinerwerkstatt. Keine Parkraumnot - eigener Parkplatz.

Sozialismus und Individuum

Ein Artikel von

Ernesto Che Guevara

Che Guevara hat an die fortschrittliche uruguayische Zeitschrift „Marcha" ein Dokument von einzigartiger Bedeutung geschickt: Er legt seine Thesen über die humanistische Bedeutung der cubanischen Revolution dar und formuliert eine Reihe von theoretischen Überlegungen allgemeiner Art über die Beziehung zwischen Staat und Individuum in einer sozialistischen Gesellschaft. Wir drucken umfangreiche Auszüge des Dokumentes ab, das dazu bestimmt scheint, eine breite Debatte über dieses für die Zukunft des Sozialismus so entscheidende, bisher jedoch im Rahmen der gegenwärtigen Ausarbeitung des marxistischen Denkens ein wenig stiefmütterlich behandelte Thema zu eröffnen.

Ein gängiges Argument der Kapitalisten in ihrem ideologischen Kampf gegen den Sozialismus besteht in der Behauptung, dieses System sei dadurch gekennzeichnet, daß das Individuum auf dem Altar des Staates geopfert werde. Ich werde nicht versuchen, diese Behauptung auf einer rein theoretischen Grundlage zu widerlegen, sondern werde vielmehr die heutige Situation auf Cuba zu beschreiben suchen. Bekanntlich war der 26. Juli 1953 das Datum, an dem die revolutionären Aktionen begannen, die 1959 zum Sturz von Batista führen sollten. Im Morgengrauen jenes Tages griff eine von Fidel Castro geleitete Gruppe von Menschen die Festung Moncada in der Provinz Oriente an. Der Angriff scheiterte, die Überlebenden kamen ins Gefängnis, und der revolutionäre Kampf wurde erst nach ihrer Amnestierung wiederaufgenommen. Während dieses Prozesses, in dem lediglich ein paar Keime von Sozialismus vorhanden waren, war der Mensch das grundlegende Moment. Es gab dann die Etappe der Guerilla, die sich auf zwei unterschiedliche Arten entwickelte: die noch schlafenden, zu mobilisierenden Volksmassen; und die revolutionäres Bewußtsein und Kampfgeist erzeugende Guerilla-Avantgarde. Diese Avantgarde war der Katalysator, der die für den Sieg notwendigen subjektiven Bedingungen schuf. Auch in dieser Phase war das Individuum das grundlegende Element. Dieses enthusiastische Eintreten für die Sache der Revolution erneuerte sich auch bei anderen Anlässen unserer jüngsten Geschichte: z. B. während der Krise vom Oktober 1962 oder in den Tagen des Zyklons Flora. Die Formel zu finden, um diese heroische Haltung im Alltagsleben zu perpetuieren, ist ideologisch gesehen eine unserer grundlegenden Aufgaben.
Im Januar 1959 wurde eine revolutionäre Regierung konstituiert, der jedoch auch verschiedene Mitglieder der philoimperialistischen Bourgeoisie angehörten. Es ergaben sich in der Folge sehr ernste Widersprüche, die im Februar 1959 vorläufig einmal gelöst wurden dank der Übernahme des Ministerpräsidentenamtes durch Fidel Castro. Der Prozeß sollte dann im Juli desselben Jahres mit dem Rücktritt des Präsidenten Urrutia unter dem Druck des Volkes enden. Endlich erschien also in der Geschichte der Cubanischen Revolution eine Figur, die von da an immer auf der Bühne bleiben wird: die Masse. Dieses vielgesichtige Wesen ist nicht, wie von einigen verfochten wird, die Summe der Angehörigen einer gleichen sozialen Kategorie, durch äußeren Zwang zusammengehalten und von Natur zum Herdenverhalten prädisponiert. Die Masse hat an der Agrarreform und an der schwierigen Aufgabe der Leitung der Staatsunternehmen teilgenommen; sie hat die heroische Prüfung der Schweinebucht gemeistert; sie

hat sich in den Kämpfen gegen die konterrevolutionären Banden des CIA gestählt; sie hat einen der bedeutsamsten Augenblicke unserer Zeit in der Krise vom Oktober 1962 durchlebt; sie fährt heute fort, für den Aufbau des Sozialismus zu arbeiten. Oberflächlich gesehen könnte es scheinen, all diejenigen hätten recht, die von Unterwerfung des Individuums unter den Staat sprechen. Die Masse verwirklicht mit Enthusiasmus und Disziplin die Aufgaben, die die Regierung ihr stellt, seien sie kultureller, ökonomischer, verteidigungsmäßiger etc. Natur. Jedoch der Staat macht manchmal Fehler. In diesen Fällen nun läßt sich eine Verminderung des kollektiven Enthusiasmus' infolge einer Verminderung des individuellen Enthusiasmus' feststellen: es ist der Moment der Berichtigung. So geschah es im März 1962 gegenüber der von Annibal Escalante der Partei aufgezwungenen sektiererischen Politik. Es ist offenkundig, daß der Mechanismus nicht genügt, um die Anwendung stets sinnvoller Maßnahmen zu garantieren, und daß es deshalb nötig ist, besser artikulierte Beziehungen zu den Massen herzustellen. Der Mechanismus wird in den nächsten Jahren verbessert werden müssen, aber im Augenblick ist es noch notwendig, die intuitive Methode zur Verifizierung der Volksreaktionen gegenüber den verschiedenen Problemen zu benützen.

Die Schädigungen der Vergangenheit

Ich werde nun versuchen, den Protagonisten dieses seltsamen und mitreißenden Dramas, nämlich der Errichtung des Sozialismus, zu bestimmen: das Individuum in seiner doppelten Eigenschaft als Einzelwesen und als Glied der Gemeinschaft. Ich glaube, am einfachsten ist es, die Kennzeichen der Unfertigkeit des gegenwärtigen Menschen einzusehen. Die Schädigungen der Vergangenheit spiegeln sich noch im individuellen Bewußtsein wieder, und eine kontinuierliche Arbeit ist nötig, um sie mit der Wurzel auszurotten. Dieser Prozeß ist ein doppelter: einerseits wirkt die Gesellschaft über direkte und indirekte Erziehung ein; andererseits muß sich das Individuum einem bewußten Selbsterziehungsprozeß unterwerfen. Die neue werdende Gesellschaft muß einen harten Kampf mit der Vergangenheit führen: und das nicht nur inbezug auf das individuelle Bewußtsein, auf dem die Überreste einer systematisch auf die Isolierung des Menschen gerichteten Erziehung lasten, sondern auch inbezug auf den allgemeinen Charakter dieser Übergangsperiode, in der Warenproduktionsverhältnisse weiterbestehen. Die Ware ist die ökonomische Zelle der kapitalistischen Gesellschaft: solange sie existiert, wird sie sich folglich auf die Organisierung der Produktion und vermittels dieser auf das Bewußtsein auswirken. In der Theorie von Marx war die Übergangsperiode konzipiert als Resultat der explosionsartigen Umformung des von seinen Widersprüchen zerstörten kapitalistischen Systems. In der darauf folgenden historischen Wirklichkeit hat man dagegen gesehen, wie sich vom imperialistischen Stamm einige Länder losgelöst haben, die seine schwächsten Äste bildeten: ein von Lenin vorausgesehenes Phänomen. Aber die Unterentwicklung und die Kapitalflucht nach den „zivilisierten" Ländern machen eine schnelle Strukturumformung ohne Opfer unmöglich, und die Versuchung, den ausgefahrenen Gleisen des materiellen Interesses als Antriebselement einer beschleunigten Entwicklung zu folgen, ist sehr stark. Man läuft Gefahr, den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr zu sehen. Der Chimäre nachlaufend, den Sozialismus mit Hilfe der vom Kapitalismus ererbten Waffen zu verwirklichen (die Ware als ökonomische Zelle, der Profit, das individuelle materielle Interesse als Ansporn usw.), kann man auch in einer Sackgasse landen: und man langt dort an, nachdem man eine Straße voller Weggabelungen durchlaufen hat, weshalb es sogar schwer zu begreifen ist, an welchem Punkt man vom Weg abgekommen ist. Die Wahrheit ist, daß, um den Kommunismus zu errichten, zusammen mit der materiellen Basis ein neuer Mensch geschaffen werden muß. Daher die ungeheure Bedeutung der richtigen Wahl des Instruments zur Mobilisierung der Massen: dieses Instrument muß grundsätzlich moralischer Natur sein, während der materielle Anreiz (auf den man ebenfalls wohlüberlegt zurückgreifen muß) vor allem in gesellschaftlichen Kategorien konzipiert werden muß.
In der Periode der Errichtung des Sozialismus können wir den neuen Menschen sehen, der sich herausbildet. Sein Bild ist noch nicht fertig und kann es nicht sein, da sein Herausbildungsprozeß im Einklang mit der Entwicklung der neuen ökonomischen Kräfte voranschreitet. Worauf es ankommt, ist, daß die Menschen jeden Tag ein stärkeres Bewußtsein erwerben von der Notwendigkeit ihrer Integration in die Gesellschaft und zugleich von ihrer Bedeutung als gesellschaftliche Motoren. Sie marschieren nicht mehr völlig allein, weil sie der Avantgarde folgen, die von der Partei in enger Verbindung mit den Massen gebildet wird.

Die Tatsache, daß eine Aufteilung in zwei Gruppen besteht (selbstverständlich ohne Berücksichtigung der Minderheitsfraktion derer, die aus dem oder jenem Grunde am Aufbau des Sozialismus nicht teilnehmen), zeigt jedoch die relative Unentwickeltheit eines gesellschaftlichen Bewußtseins an. Während sich in der Avantgardegruppe bereits ein qualitativer Wandel vollzogen hat, der ihre Mitglieder befähigt, jedes Opfer in der Erfüllung ihrer Führungsfunktion auf sich zu nehmen, sehen die Massen noch nicht ebenso klar und müssen Anreizen und Pressionen von einer gewissen Intensität unterworfen werden: es ist die Diktatur des Proletariats, die nicht nur über die besiegte Klasse, sondern — individuell — auch über die siegreiche Klasse ausgeübt wird. All dies führt die Notwendigkeit einer Reihe von Mechanismen und revolutionären Institutionen mit sich. Die Institutionalisierung der Revolution bedeutet, daß der Marsch der Massen auf die Zukunft zu durch einen harmonischen Komplex gutgeölter Mechanismen erleichtert werden muß, welche die natürliche Auslese derer erlauben, die dazu bestimmt sind, an der Spitze zu marschieren und Belohnung oder Strafe denen zuzuerkennen, die sich gegenüber der im Aufbau befindlichen neuen Gesellschaft verdient gemacht oder vergangen haben. Diese Institutionalisierung der Revolution ist noch nicht erreicht. Wir sind auf der Suche nach etwas Neuem, das eine vollkommene Identifizierung zwischen Regierung und Allgemeinheit erlaubt, bezogen auf die spezifischen Bedingungen der Errichtung des Sozialismus auf Cuba, und wir verabscheuen die auf die sich formende Gesellschaft übertragenen Gemeinplätze der bürgerlichen Demokratie (wie z. B. die gesetzgebenden Kammern).

Die Entwicklung der Technik

Die stärkste Bremse, die auf uns eingewirkt hat, ist die Angst davor gewesen, daß uns eine formale Institutionalisierung von den Massen trennen und die letzte und wichtigste revolutionäre Zielsetzung aus den Augen verlieren lassen könnte, nämlich den Menschen von seiner Entfremdung befreit zu sehen. Es ist jedoch hinzuzufügen, daß trotz des Fehlens von Institutionen die Massen jetzt endlich die Protagonisten unserer Geschichte sind, und zwar als bewußter Komplex von Individuen, die für die gleiche Sache kämpfen. Trotz seiner scheinbaren Standardisierung ist der Mensch im Sozialismus vollständiger. Trotz des Fehlens eines vollkommenen Mechanismus sind

BLÄTTER
FÜR DEUTSCHE UND
INTERNATIONALE
POLITIK

In den letzten Heften erschienen u. a.:
Jules Moch
Entspannung und Deutschland
Hans Heinz Holz
Intelligenz und Mitbestimmung
Dr. Wolfgang Plat
Die Alliierten und die Notstandsverfassung
Claudia Wolff
Die Formierer gehen pragmatisch vor
Dr. Günther Schreiber
Katholiken und die neuformierte CDU
Anpassungskurs trotz Machtverlust
Heinrich Hannover
Zur Reform des politischen Strafrechts
Paul Neuhöffer
Die Legende von der „demokratischen" Notstandsgesetzgebung
Dr. Achim v. Borries
„Wohin treibt die Bundesrepublik?"
Zu dem neuen Buch des Philosophen Karl Jaspers
In Fortsetzung erscheinen:
Die sowjetischen Protokolle der Konferenzen von Teheran, Jalta und Potsdam
XI. Jahrgang 1966
Monatlich ca. 80 Seiten
Einzelheft DM 3,00
im Abonnement DM 2,50
(für Studenten DM 2,00)
Probehefte stehen auf Wunsch zur Verfügung
PAHL-RUGENSTEIN VERLAG
KÖLN · BARBAROSSAPL. 2

seine Möglichkeiten, sich zu äußern und sich im gesellschaftlichen Bereich Gehör zu verschaffen, unendlich viel größer. Es ist jedoch nötig, seine bewußte Teilnahme (individuell und kollektiv) an allen Leistungs- und Produktionsmechanismen in den Vordergrund zu rücken und sie dabei mit der Idee der Notwendigkeit einer technischen und ideologischen Ausbildung zu verbinden, so daß diese Prozesse als streng interdependent erfahren werden. Man wird so ein totales gesellschaftliches Bewußtsein erhalten, gleichbedeutend mit der vollständigen Verwirklichung des Individuums als menschliches Wesen, das nicht mehr an die Ketten der Entfremdung geschmiedet ist. Konkret wird sich das umsetzen in einen Sieg des Menschen über die Natur durch die freie Arbeit und in einen vollen Ausdruck der menschlichen Lebenslage durch die Kultur und die Kunst. Wir tun unser Möglichstes, um der Arbeit ein neues Gesicht gesellschaftlicher Pflicht zu geben, indem wir sie einerseits mit der Entwicklung der Technik verknüpfen (welche die Bedingungen für eine größere Freiheit schaffen wird) und andererseits mit der freiwilligen Arbeit gemäß der marxistischen These, wonach der Mensch wirklich die Fülle seines Menschentums erreicht, wenn er produziert, ohne von der physischen Notwendigkeit, sich als Ware zu verkaufen, angetrieben zu sein. Es ist klar, daß auch in der freiwilligen Arbeit Zwangsaspekte weiterbestehen: der Mensch hat in der Tat den Zwang der Umwelt noch nicht in einen bedingten Reflex gesellschaftlicher Natur umgewandelt und arbeitet noch in vielen Fällen unter dem Druck der Umwelt) den Fidel Castro als moralischen Zwang definiert).
Wir müssen uns jedoch vor Augen halten, daß wir nicht eine „reine" Übergangsperiode durchmachen, wie sie Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms gesehen hatte, sondern eine neue, von ihm nicht vorhergesehene Phase. Fügt man dem die Scholastik hinzu, welche die Entwicklung der marxistischen Philosophie gebremst hat, so müssen wir darin übereinkommen, daß wir noch in den Kinderschuhen stecken und daß es daher nötig ist, uns der Erforschung aller ursprünglichen Kennzeichen der gegenwärtigen Periode zu widmen, ehe wir eine weiter ausgreifende ökonomische und politische Theorie erarbeiten. Die resultierende Theorie wird auf jeden Fall den Vorrang notwendigerweise zwei Grundpfeilern geben müssen: der Formung des neuen Menschen und der Entwicklung der Technik. Auf beiden Gebieten sind wir im Rückstand, doch weniger entschuldbar ist unser Stand inbezug auf die Technik, denn auf diesem Sektor ist es nicht notwendig, tastend vorwärts zu schreiten, sondern es handelt sich lediglich darum, für ein gutes Stück Wegs der von den entwickelteren Ländern geöffneten Bahn zu folgen. Aus diesem Grund insistiert Fidel so sehr auf der Notwendigkeit der technologischen und wissenschaftlichen Ausbildung unseres ganzen Volkes und insbesondere der Avantgardegruppe. Im Bereich der Ideen, die sich in nicht produktiven Tätigkeiten konkretisieren, ist es leichter, die Trennung zwischen materiellen und geistigen Notwendigkeiten zu sehen. Seit einiger Zeit versucht der Mensch sich durch die Kultur und die Kunst von der Entfremdung zu befreien. Die sinnlose Angst oder das vulgäre Amüsement bilden bequeme Ventile für die menschliche Unruhe, während die Idee bekämpft wird, die Kunst als eine Waffe der Entlarvung zu benützen.

ANTIQUARIAT HORST NIBBE

Europäische Klassik und Romantik - frühe Gesamtausgaben - Erstausgaben des Expressionismus - Zeitschriften und Bücher der Avantgarde Kunstbücher und illustrierte Bücher

Kolumbastraße 2 **An der Kolumbakirche**

Revolutionäre Kultur

Als die Cubanische Revolution die Macht ergriff, erfolgte der Auszug der gezähmten Intellektuellen: die anderen, ob Revolutionäre oder nicht, sahen eine neue Straße vor sich. Der Weg war jedoch kaum gebahnt, und häufig verwechselte man Freiheit mit Evasion. Diese Haltung, ein Reflex des bürgerlichen Idealismus', blieb auch bei vielen Revolutionären lebendig. In den Ländern, die einen ähnlichen Prozeß durchgemacht haben, suchte man diese Tendenzen mit einem übertriebenen Dogmatismus zu bekämpfen. Die Kultur überhaupt wurde so zum Tabu gemacht, und man behauptete, der Gipfel der kulturellen Bestrebungen wäre eine formal exakte Wiedergabe der Natur, welche einer mechanischen Wiedergabe der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die man schaffen wollte (eine ideale Gesellschaft ohne Konflikte oder Widersprüche), entsprechen kann. Der Sozialismus ist jung und begeht Fehler. Uns Revolutionären mangelt es oftmals an den Kenntnissen und der intellektuellen Kühnheit, die nötig sind, um das Problem der Entwicklung eines neuen Menschen durch andere als die konventionellen Methoden anzugehen. Die Desorientierung ist groß, und die Probleme des materiellen Aufbaus absorbieren uns. Es gibt keinen Künstler von großer Autorität, der zugleich auch große revolutionäre Autorität besäße. Die Parteifunktionäre müssen diese Aufgabe unmittelbar erfüllen und versuchen das Hauptziel zu erreichen, nämlich die Erziehung des Volkes. Man erstrebt so die Vereinfachung, man erstrebt das, was alle verstehen können (mit anderen Worten: das, was die Parteifunktionäre verstehen können). Auf diese Weise wird das echte künstlerische Suchen annulliert und das Problem der Kultur auf eine Aneignung der sozialistischen Gegenwart zusammen mit der toten (und daher nicht mehr gefährlichen) Vergangenheit reduziert.
So entsteht der sozialistische Realismus auf der Grundlage der Kunst des vorigen Jahrhunderts; aber die realistische Kunst des 19. Jahrhunderts ist selber klassengebunden und vielleicht sogar reinhaltiger kapitalistisch als die Kunst des folgenden Jahrhunderts, in der bereits die Angst des entfremdeten Menschen durchscheint. Warum also sich darauf versteifen, in den eingefrorenen Formen des sozialistischen Realismus das einzige gültige Rezept zu suchen? Sicherlich kann man dem sozialistischen Realismus nicht die Freiheit entgegenstellen, denn diese gibt es noch nicht und wird es nicht geben bis zur vollständigen Entwicklung der neuen Gesellschaft: aber man beanspruche auch nicht, alle Kunstformen, die später sind als die erste Hälfte des 19. Jahrhunderts, vom päpstlichen Thron des Ultra-Realismus aus zu verdammen, denn man verfiele damit in einen proudhonistischen Irrtum der Rückkehr zur Vergangenheit, welcher dem künstlerischen Ausdruck des Menschen, der sich heute bildet und formt, eine Zwangsjacke anlegen würde. In unserem Land ist der Fehler des mechanischen Realismus vermieden worden, aber wir sind in einen anderen mit umgekehrtem Vorzeichen verfallen: das Nichtbegreifen der Notwendigkeit, einen wirklich neuen Menschen zu schaffen, der nicht ein Vertreter der Ideen des 19. Jahrhunderts, aber auch nicht derer unserer Tage ist. Die Reaktion gegen das 19. Jahrhundert hat uns in den Dekadentismus des 20. Jahrhunderts stürzen lassen. Es ist kein allzu schwerwiegender Fehler, aber wir müssen ihn überwinden, wenn man vermeiden will, daß dem Revisionismus der Weg gebahnt wird. Wir müssen den Menschen des 21. Jahrhunderts schaffen, auch wenn das im Moment eine subjektive und unsystematische Zielsetzung ist.
Um zusammenzufassen: die Schuld vieler unserer Intellektueller und Künstler liegt in ihrer Erbsünde — keine echten Revolutionäre zu sein. Wir können versuchen, eine Ulme zu okulieren, damit sie Birnen trägt, aber gleichzeitig ist es nötig, Birnbäume zu pflanzen. Die neuen Generationen werden frei von der Erbsünde aufwachsen. Die Wahrscheinlichkeit, daß außergewöhnliche Künstler auftreten, wird umso größer sein, je breiter der Bereich der Kultur und die Ausdrucksmöglichkeiten sein werden. Unsere Aufgabe besteht darin, zu verhindern, daß die gegenwärtige Generation sich und die neuen pervertiert. Wir dürfen keine dem offiziellen Denken gegenüber fügsamen Funktionäre schaffen und keine Stipendiaten, die auf Kosten des Staatshaushalts leben. Die Revolutionäre, die fähig sind, den neuen Menschen mit der echten Stimme des Volkes zu besingen, werden kommen: aber das ist ein Prozeß, der Zeit braucht.

(Entnommen dem unten angekündigten Buch von Che Guevara)

Vorankündigung: Che Guevara, „Partisanenkrieg — eine Methode", „Sozialismus und Individuum" u. a. (Mit einer Einführung.) Erscheint August/September 1966 (ca. 3,50 DM). Zu bestellen bei: facit, Köln, Scheinerstraße 58, Thomas-Münzer-Studentenhaus, München, Knorrstraße.

Fidel Castro am 1. Mai 1965

Gegenüber einer Agressions- und Interventionspolitik ist eine Strategie nötig. Die Strategie, die Revolution überall, auf allen Fronten voranzutreiben! Der Aggressions- und Interventionsstrategie entgegenzusetzen die revolutionäre Strategie der Völker, der revolutionären Bewegungen der ganzen Welt. Gegen die Aggression der „Gringos" — die revolutionäre Offensive auf allen Fronten, das Vorantreiben der Revolution auf allen Fronten! Wir lieben den Frieden, aber wir werden nicht für den Frieden beten, wir werden nicht den Frieden in Paragraphen fassen, wir werden keine seraphischen Erklärungen für den Frieden abgeben. Niemand kann uns Kriegstreiber nennen, denn eine Sache ist es, das zu sein, eine andere, sich nicht von den Imperialisten erpressen lassen zu wollen. Kriegstreiber zu sein ist eines, eine Wertskala aufzustellen etwas anderes: und wenn in der Wertskala des menschlichen Bewußtseins der Friede wichtig ist, so gibt es doch noch etwas anderes, das über dem Frieden steht. Den Frieden wollen wir für alle nutzbar machen; die Vorstellung vom Frieden für uns und vom Krieg für die anderen ist uns fremd. Frieden für uns, während Phosphor- und Napalmbomben auf die Vietnamesen geworfen werden? Nein! Frieden für alle Völker, und das Recht, ihn in Freiheit nutzbar zu machen. Wir haben einen gefährlichen Feind vor uns und müssen ihn mit Intelligenz und Entschlossenheit angehen. Dieser Feind ist ein Tiger, ja: wenn du ihm den Rücken zuwendest, greift er dich von hinten an, aber wenn du ihm entgegentrittst, greift er dich nicht an. Die Yankee-Millionäre, die Monopolisten lieben das Leben und wollen nicht sterben. In einer für den Tod günstigeren Stimmung befinden sich wahrscheinlich die von den Yankee-Millionären und -Monopolisten ausgebeuteten und unterdrückten Völker. Denn wenn sie anfangen werden zu begreifen, daß sie auch sterben können trotz ihrer Macht, werden sie auch anfangen anders zu denken.

Abschiedsbrief

Ernesto Che Guevaras an Fidel Castro

Anm. d. Red.
Der von der Facit-Redaktion übersetzte Brief Guevaras wurde von Castro Im Juli 1965 In Havanna öffentlich verlesen.
Wir drucken ihn ohne Kommentar, weil wir der Auffassung sind, daß er für sich spricht und geeignet ist, allen Gerüchten über die Gründe des Weggangs Guevaras von Cuba und über sein Verhältnis zu Castro ein Ende zu bereiten.

Fidel,
in dieser Stunde rufe ich mir vieles von dem, was geschehen ist, seit ich Dich bei Maria Antonia getroffen habe, seit Du mir vorgeschlagen hast zu kommen, ins Gedächtnis zurück: die ganze Spannung der vorbereitenden Maßnahmen.
Eines Tages hat man sich dann gefragt, wen man im Falle des Todes benachrichtigen sollte, und von der realen Möglichkeit dieser Tatsache waren wir alle betroffen. Dann haben wir jene Wahrheit begreifen gelernt, daß man in einer Revolution (wenn sie wahr ist) entweder der Sieger ist oder stirbt. Viele sind auf dem Wege zum Sieg gefallen.
Heute klingt alles weniger dramatisch, weil wir erfahrener geworden sind, weil alles sich wiederholt. Ich fühle, daß ich mein Soll, welches mich mit der Cubanischen Revolution auf ihrem Gebiet verbindet, erfüllt habe, und ich nehme Abschied von Dir, von den Kameraden, von deinem Volk, welches nunmehr auch das meine ist. Ich verzichte formell auf meine Funktionen in der Parteiführung, auf meinen Ministerposten, auf meinen Rang als „commandant", auf meine Stellung als Cubaner. Keine legalen Bindungen verbinden mich mehr mit Cuba, nur Bande anderer Art, welche der Verzicht auf Titel nicht zerreißen kann.
Sehe ich mein verflossenes Leben an mir vorüberziehen, so glaube ich sagen zu können, daß ich mit genügender Redlichkeit und Hingabe für die Festigung des Sieges der Revolution gearbeitet habe. Mein einziger Irrtum von einigem Gewicht ist der, seit den ersten Augenblicken in der Sierra Maestra nicht mehr Vertrauen in Dich gehabt und nicht sogleich Deine Fähigkeiten als Führer und Revolutionär erkannt zu haben. Ich habe unvergessene Tage erlebt und an Deiner Seite den Stolz verspürt, während der glorreichen und traurigen Tage der Karibischen Krise zu unserem Volk zu gehören.
Kaum ein Staatsmann hat sich in jenen Tagen so auszuzeichnen gewußt wie Du, und ich bin ebenfalls stolz darauf, Dir ohne Zögern gefolgt zu sein, um mich mit Deiner Denkweise zu identifizieren, die Gefahren und die grundsätzlichen Dinge zu sehen und richtig einzuschätzen.
Andere Länder der Erde brauchen den Beistand meiner bescheidenen Kräfte. Ich kann ausführen, was Dir aufgrund Deiner verantwortlichen Positionen an der Spitze Cubas zu tun verwehrt ist, und die Stunde ist gekommen, wo wir uns trennen müssen.
Man sollte wissen, daß das mit einer Mischung aus Zufriedenheit und Schmerz geschieht: hier (auf Cuba, Anm. d. Übers.) lasse ich den besten Teil meiner Hoffnungen, am Aufbau der Gesellschaft mitzuwirken, zurück und das, was mir von allem, was ich liebe, am teuersten ist . . . und ich verlasse ein Volk, welches mich wie seinen Sohn aufgenommen hat; das ist ein heftiger Schmerz für mich. Auf die neuen Schlachtfelder werde ich das Gesetz tragen, welches Du mir eingeschärft hast, den revolutionären Geist meines Volkes, das Gefühl, die heiligste aller Pflichten zu erfüllen: den Imperialismus zu bekämpfen überall dort, wo er anzutreffen ist. Das gibt neue Kraft und lindert jenen Schmerz.
Ich wiederhole, daß ich Cuba von jeder Verantwortung entbinde mit Ausnahme jener, die aus seinem Beispiel erwächst. Und wenn mir die entscheidende Stunde unter fremden Himmeln schlägt, so geht mein letzter Gedanke zu diesem Volk und besonders zu Dir. Ich bin Dir dankbar für Deine Unterweisungen und Dein Beispiel und ich werde versuchen, bis in die letzten Konsequenzen meiner Handlungen hinein zuverlässig zu bleiben. Ich habe mich immer mit der Außenpolitik unserer Revolution identifiziert und ich werde es weiterhin tun. Überall, wo ich mich aufhalte, werde ich die Verantwortung spüren, ein cubanischer Revolutionär zu sein, und als solcher werde ich handeln. Ich lasse nichts für meine Kinder und meine Frau zurück und bedaure es nicht: es macht mir geradezu Vergnügen. Ich verlange nichts für sie, da ja der Staat ihnen das zum Leben und zur Erziehung Notwendige geben wird. Noch sehr viele Dinge hätte ich Dir und unserem Volk zu sagen, aber ich fühle, daß das nicht notwendig ist; Worte vermögen nicht das auszudrücken, was ich möchte, und es lohnt nicht die Mühe, weiteres Papier zu bekritzeln.
Bis zum Siege, stets: p a t r i a o m u e r t e !
Ich umarme Dich mit meiner ganzen revolutionären Leidenschaft.

Che.

Anfänger-Lektion erforderlich?

Lerne zu lügen!

Für die, die lügen lernen und trotzdem ihr Gesicht wahren wollen, empfehlen wir, ein scharfes Auge auf die nationalen Führer in Washington zu werfen und ihnen ungeteilte Aufmerksamkeit zu widmen. Sie sind Experten auf diesem Feld. So schrieb Arthur Schlesinger in seinen Kennedy-Erinnerungen, daß die CIA-Invasion nach Kuba ungefähr 1400 Mann umfaßte. Die New York Times rief daraufhin bei ihm an, um ihn daran zu erinnern, daß er sie damals informiert habe, die Streitkräfte betrügen nicht mehr als 200—300 Mann und die Operation sei keine Invasion, sondern nur eine kleine Unterstützung der kubanischen Untergrundbewegung.
Schlesinger antwortete: „Sagte ich das wirklich? Well, ich habe eben gelogen. Das war die Deckgeschichte."
Auf sein Zugeständnis, Lügner zu sein, im Fernsehen angesprochen, schlug er zurück, indem er behauptete, auch der Bericht der Times sei nicht sauber, da sie „eine Geschichte von Tad Szulc aus Miami, der einen einigermaßen zuverlässigen Bericht der Invasionspläne gegeben hatte, unterdrückt habe."
Bei der letzten Invasion in ein lateinamerikanisches Land, in die Dominikanische Republik, war wieder eine „Deckgeschichte" fällig. Als Mariners einmarschierten, erzählte uns der Präsident der USA, sie gingen dorthin, um Amerikanern bei der Evakuation zu helfen und ihr Leben zu beschützen. Jedoch die Tagespresse, die Vorbereitungen des Mariners-Einsatzes nicht wissend, druckte einen Tag vor der Invasion, daß alle Amerikaner, die es wünschten, schon evakuiert und 7 weitere Helikopter für eventuelle Wünsche zurückgeblieben seien. Am nächsten Tag landeten 1000e von Mariners.
Dean Rusk diskutierte kürzlich an der John Hopkins Universität die „Deckgeschichte". „Das war die Grundlage — zu jener Zeit die ‚einzige Grundlage' — für die Einführung amerikanischer Truppen. Alle Andeutungen, daß das nur ein Vorwand war, sind ganz einfach falsch, denn ich war bei dem Präsidenten und Verteidigungsminister, als der Beschluß gefaßt wurde." Inzwischen ließ Eric Sevaried die Katze aus dem Sack hinsichtlich Dean Rusks Glaubwürdigkeit, während er gerade über einen anderen berühmten Lügner schrieb, Adlai Stevenson, der weltberühmt wegen seiner UN-Rede ist: „Ich bestreite kategorisch eine Einmischung der USA bei der Invasion nach Kuba."
Sevaried sagte beim Versuch, Stevenson zu decken, Stevenson habe ihm erzählt, daß in LBJ's Original-Deckgeschichte für Santo Domingo der Satz enthalten war, die USA sollten nicht nur amerikanisches Leben schützen, sondern stünden bereit, der Dominikanischen Republik ihre „Freiheit" bewahren „zu helfen." Doch Stevenson wünschte diesen Satz nicht darin. Er fühlte scheinbar, dieser Satz würde sie verraten. Aber nach David Weiss, Chef des Washingtoner Büros der NYT, war es niemand anders als „Einzige-Basis"-Dean Rusk, der vorschlug, diesen Satz beizubehalten.
Rusk und Johnson steckten ihre Köpfe zusammen, ein anderes Märchen auszugraben, wie sie „zu verhandeln" wünschen in Vietnam und baten U Thant, die Fühler nach Hanoi auszustrecken. Die New York Herald Tribune enthüllte, daß, als Hanoi U Thant freie Bahn für Verhandlungen auftrug, Johnson und Rusk einen schnellen Rückzieher machten. Das zeigt, daß sogar gute Lügner sich verkalkulieren können.
In der Tat, LBJ hat immer und immer wieder wiederholt — ehrlichen Gesichts —, daß, was immer er auch versucht, Hanoi sich nicht an den Verhandlungstisch setze. In den letzten Monaten haben mehrere Berichte bezeugt, daß Hanoi in der Vergangenheit einige Male versucht habe, mit den USA zu sprechen. Aber warum wünscht LBJ mit Hanoi zu sprechen? Nach allem bombardiert nicht Hanoi San Francisco, New York oder sogar Iowa; Hanoi hat keine Truppen oder sogar Missionare in unserem Land gelandet; und Hanoi finanziert und unterstützt auch kein Marionettenregime im Süden oder irgendwo anders in diesem Land.
Was LBJ tun sollte ist; Schluß mit dem Geschwätz und Abzug der Truppen aus Vietnam, Santo Domingo und Guantanamo. Er sollte weiter am nächsten Sonntag in die Kirche gehen und versprechen, nie mehr in seinem Leben zu lügen, selbst wenn seine ganze Umgebung in Washington es tun sollte.

George Jenkins, Universität Berkeley

Trari · Trara die Pest ist da!

Gleichschaltung oder Formierte Gesellschaft?

Eine Kostprobe aus dem neuen Programm des Kölner Kabaretts »Floh de Cologne«

Zusammenstellung der Zitate durch den Kabarettisten Gerd Wollschon

FG: Meine folgenden wörtlichen Zitate behandeln das Thema: Formierte Gesellschaft; sie stammen von Prof. Ludwig Erhard — aus seinem Programm für Deutschland, seinen Reden und Aufsätzen zur formierten Gesellschaft —, von Rüdiger Altmann, Prof. Voegelin, Dr. J. H. Unland, aus dem theoretischen Organ der CDU „Gesellschaftspolitische Kommentare", aus den CDU-Arbeitskreisen von A. Pickert, Bankier Dr. h.c. Alwin Münchemeyer, Dr. Dr. Ernst Schneider.

NS: Meine folgenden wörtlichen Zitate behandeln die Gleichschaltung im „Tausendjährigen Reich"; sie stammen von Adolf Hitler — aus „Mein Kampf", seinen Reden und Verordnungen —, von Joseph Goebbels, Robert Ley, Prof. Carl Schmitt, Prof. Otto Koellreutter, Prof. Ernst Forsthoff, von der Reichsleitung der NSDAP, aus dem 25-Punkte-Programm der NSDAP.

FG: Die formierte Gesellschaft ist ihrem Wesen nach kooperativ:
NS: Das Ziel der Deutschen Arbeitsfront ist die Bildung einer wirklichen Volks- und Leistungsgemeinschaft aller Deutschen [1]).

FG: Sie besteht nicht aus Gruppen, die in ihren Handlungen einander ausschließende Ziele durchsetzen wollen (. . .), sondern beruht auf dem freien Zusammenwirken aller Gruppen und Interessen in Unterordnung unter gesamtgesellschaftliche Ziele [2]).

NS: Sie hat dafür zu sorgen, daß jeder einzelne seinen Platz im wirtschaftlichen Leben der Nation in der geistigen und körperlichen Verfassung einnehmen kann, die ihn zu höchster Leistung befähigt und damit den größten Nutzen für die Volksgemeinschaft gewährleistet [1]).

FG: Die formierte Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit „gemeinwohlorientierten ‚befestigten' Gruppen" [3]).

NS: In ihr sind insbesondere die Angehörigen der ehemaligen Gewerkschaften, der ehemaligen Angestelltenverbände und der ehemaligen Unternehmer-Vereinigungen als gleichberechtigte Mitglieder zusammengeschlossen [1]).

FG: Die Dynamik der Wirtschaft, die Konzentration auf eine fortdauernde Erhöhung der Leistung und Nutzbarmachung des technischen und wirtschaftlichen Fortschrittes innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft darf nicht in die Formierung der Gruppen einbezogen, ihr nicht untergeordnet werden [4]).

NS: Es ist daher notwendig, das Wort Ermächtigungsgesetz als eine juristisch ungenaue, ja unrichtige Bezeichnung zu

erkennen, und es wäre zweckmäßig, das Wort ganz zu vermeiden, zumal es weder in der Überschrift, noch im Wortlaut des Gesetzes vorkommt [5]).

FG: Wenn es heute eine Banalität geworden ist . . . , daß unsere Gesellschaft von der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft abhängt, dann heißt das doch: sie hängt von den Unternehmern ab . . . [6]).

NS: Ihr werdet sagen: was wollt ihr denn noch; ihr habt doch die absolute Macht. Gewiß, wir haben die Macht, aber wir haben noch nicht das ganze Volk; Dich, Arbeiter, haben wir noch nicht hundertprozentig, und genau Dich wollen wir, wir lassen Dich nicht — bis Du in aufrichtiger Erkenntnis restlos zu uns stehst [7]).

FG: Die innere Politik insgesamt muß in viel höherem Maße sich ihrer Verantwortung gegenüber der unternehmerischen Wirtschaft bewußt werden [6]).

NS: Du sollst auch von den letzten marxistischen Fesseln befreit werden, damit Du den Weg zu Deinem Volke findest [7]).

FG: Die formierte Gesellschaft ist eine freiheitlich demokratische Gesellschaft [17]).

NS: 5 bis 10 vom Hundert der Bevölkerung, ihre beste Auslese, sollen herrschen, der Rest hat zu arbeiten und zu gehorchen [9]).

FG: Der gegenwärtige Zustand unseres parlamentarisch-demokratischen Systems entspricht in mancher Hinsicht nicht den Anforderungen einer formierten Gesellschaft [4]).

NS: Zur Durchführung alles dessen fordern wir: Die Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches. Unbedingte Autorität des politischen Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisationen im allgemeinen [10]).

FG: Das Parlament darf so wenig wie die Regierung oder die Ministerialbürokratie den organisierten Interessen unterworfen sein [4]).

NS: Wenn der Liberalismus vom Individuum ausging und den Einzelnen in das Zentrum aller Dinge stellte, so haben wir Individuum durch Volk und Einzelmensch durch Gemeinschaft ersetzt [11]).

FG: Daher und auch aus anderen Gründen ist das Ziel der nächsten Jahre die Reform der deutschen Demokratie [4]).

NS: Zweitens werden wir unser Volk, indem wir es dazu erziehen, gegen den Irrsinn der Demokratie zu kämpfen und wieder die Notwendigkeit von Autorität und Führertum einzusehen, von dem Unsinn des Parlamentarismus fortreißen [12]).

FG: Diese neue Gesellschaftsform fordert gebieterisch auch nach neuen Formen der staatlichen Herrschaft [13]).

NS: Dieser Begriff von Führung stammt ganz aus dem konkreten substanzhaften Denken der nationalsozialistischen Bewegung [5]).

FG: Wir können es uns nicht leisten, auf eine Reform der deutschen Demokratie zu verzichten. Eine solche Gesellschaft braucht andere moderne Techniken des Regierens und der politischen Willensbildung [8]).

NS: Damit ist die Bewegung aber antiparlamentarisch, und selbst ihre Beteiligung an einer parlamentarischen Institution kann nur den Sinn einer Tätigkeit zu deren Zerrüttung besitzen [14]).

FG: Wichtigste Voraussetzung für diese Reform dürfte es sein, daß in den Parlamenten und in den Parlamentsausschüssen, aber auch an der Spitze der Ministerien Männer die Politik bestimmen, die Bundeskanzler Ludwig Erhard treffend „Spezialisten für allgemeine Interessen" genannt hat . . . [4]).

NS: Die Partei im nationalsozialistischen Staate hat eine einheitsbildende Aufgabe . . . Sie hat den Anspruch darauf, als politische Elite zu gelten . . . [15]). Und so bitte ich Dich mein deutsches Volk: Tritt jetzt hinter mich, Mann für Mann, Frau um Frau [16]).

FG: Die Union erbittet vom deutschen Volk das Mandat, gemeinsam mit allen der Zukunft aufgeschlossenen Kräften gegen die hemmenden Gewichte des Verharrens und eines falschen Traditionalismus zeitgemäße Reformen durchsetzen zu können [8]).

NS: Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gemeininteresse schädigen [10]).

FG: Die Stimmen mehren sich, die Gesetzgebungsakte gegen die Arbeiterschaft . . . für unvermeidlich halten, wenn die Leute durch ihre Unvernunft die Rationalität des Gesamtprozesses gefährden. Die formierte Gesellschaft ist eine freiheitlich demokratische Gesellschaft [17]). Daher fordern wir (Aufsplitterung und Isolierung der einzelnen Gruppen) [18]). Redressierung des sozialen Übermuts; der Unternehmer muß sich als Schlüsselgestalt der künftigen gesellschaftlichen Ordnung empfinden [19]).

NS: Zeitungen, die gegen das Gemeinwohl verstoßen, sind zu verbieten. Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst — und Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt [10]). Ich will keine intellektuelle Erziehung, mit Wissen verderbe ich mir die Jugend [20]).

FG: Der Herrschaft der Intellektuellen, ihrer häufig unheilvollen Herrschaft, kann nur begegnet werden, wenn wir in unserer modernen Welt wieder die Kraft zum Ideal aufbringen [21]).

NS: Wir suchen eine Bindung, die zuverlässiger, lebendiger und tiefer ist als die betrügerische Bindung an die verdruckbaren Buchstaben von 1000 Gesetzesparagraphen [5]).

FG: Die formierte Gesellschaft ist eine Gesellschaft von hochgradiger Interdependenz:
Durch die Interdependenz wird die Industriegesellschaft in immer steigendem Maße zu einem Gesamtbetrieb . . . Störungen in Teilbetrieben führen zu Störungen des gesamtgesellschaftlichen Betriebes . . . Wenn der demokratische Prozeß unter den Teilnehmern nicht zur Lösung der ständig anfallenden Probleme führt, so daß das Gesamtunternehmen stagniert . . . , dann bleibt als Alternative nur noch die Einsetzung eines Unternehmers für den Gesamtbetrieb — und da liegt der Übergang von der politischen Demokratie in irgendeine Form autokratischen oder totalitären Regimes [17]).

NS: Der totale Staat muß ein Staat der totalen Verantwortung sein. Er stellt die totale Inpflichtnahme jedes einzelnen für die Nation dar. Diese Inpflichtnahme hebt den privaten Charakter der Einzelexistenz auf [22]).

FG: Die formierte Gesellschaft ist eine Gesellschaft „mit einem ausgeprägten gesamtgesellschaftlichen Bewußtsein" [4]).

NS: Die Idee der Gemeinschaft, die Idee des Wir als Ganzheit eines Volkes bildet die politische Kraft des Führerstaates [15]).

FG: Eine Gesellschaft braucht aber, um handlungsfähig sein zu können, allgemeinverbindliche Ziele, d. h. solche, die für alle Angehörigen dieser Gesellschaft gelten [4]).

NS: Wer die breite Masse gewinnen will, muß den Schlüssel kennen, der das Tor zu ihren Herzen öffnet. Es heißt nicht Objektivität, also Schwäche, sondern Wille und Kraft [14]).

FG: Solange eine Gesellschaft gesund ist, erwarten oder fordern diese daher mehr oder weniger deutlich, daß ihnen ihre führenden Politiker bzw. die politischen Führungsgruppen gesamtgesellschaftliche Ziele zeigen und ihnen sagen, an welchem geschichtlichen Ort die Gesellschaft steht [4]).

Rabelais sagt in
„Gargantua und Pantagruel":

**Der Appetit kommt beim Essen,
der Durst schwindet beim Trinken.**

Was bleibt, ist herrliches Wohlbefinden. Trinken Sie deshalb, sobald Sie durstig sind, eine Flasche sprudelnd-frisches „Coca-Cola". Bei einer Flasche „Coca-Cola" verlieren Sie Ihren Durst im Handumdrehen. Dafür finden Sie aber ebenso rasch eine wunderbar wohltuende Erfrischung.

Mach mal Pause . .

. . . das erfrischt richtig

„Coca-Cola" ist das Warenzeichen für das unnachahmliche koffeinhaltige Erfrischungsgetränk der Coca-Cola G. m. b. H.

NS: Aus diesen Tatsachen heraus hat sich jede wirkungsvolle Propaganda auf nur sehr wenige Punkte zu beschränken und diese schlagwortartig solange zu verwerten, bis auch bestimmt der Letze unter einem solchen Wort das Gewollte sich vorzustellen vermag [14]).

FG: Mehr denn je bedarf unsere Gesellschaft übergreifender politischer Willensträger und Willensentscheidungen [8]).

NS: Trotzdem können wir erklären, daß unsere Regierung den Gesetzen einer veredelten Demokratie entspricht [23]).

FG: Friede duldet keine Knechtschaft, Friede heißt nicht Koexistenz ... Was wir erstreben, ist eine europäische Friedensverordnung, die allen Völkern Europas ihre Freiheit und Sicherheit garantiert [8]).

NS: Innerhalb von spätestens 10 Jahren wird es uns auf diese Weise möglich sein, Europa das Gesetz Adolf Hitlers zu diktieren, um den sonst unvermeidlichen Verfall des Kontinents zum Stillstand zu bringen und die wahre Völkergemeinschaft, mit Deutschland als führender Ordnungsmacht an der Spitze, aufzubauen [9]).

FG: Die formierte Gesellschaft ist auch kein Modell, das etwa nur im Gehäuse des Nationalstaates funktioniert. In ihr kann sich vielmehr das Bild eines geeinten Europa prägen. Sie ist darüber hinaus geeignet, eine Leitidee für die Neugestaltung unseres Erdteils wie auch für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung anderer Völker zu sein [8]).

NS: Hitler, das ist die Parole aller, die an Deutschlands Wiederauferstehung glauben [24]).

FG: Hitler hätte auch nie mit dieser Perfektion einen totalen Staat errichten können, wenn die Gleichschaltung der Gruppen, von den Gewerkschaften bis zu den Sportverbänden, nicht durch ihre im Werden begriffene Formierung vorbereitet gewesen wäre. Ohne diesen Prozeß der Erstarrung wäre das faschistische Experiment nicht möglich gewesen [17]).

NS: Der Liberalismus, dem diese Ganzheits- und Einheitsvorstellung vom Volk und Staat fehlte, hatte deshalb auch kein Verständnis für das Wesen der Autorität [15]).

FG: Je deutlicher sich die Bindung des deutschen Volkes an seinen Staat, an sein Vaterland ausprägt, je gesammelter und geschlossener sich Deutschland der Welt präsentiert, um so mehr wird diese bereit sein, uns zu verstehen [8]).

NS: Die Aufnahmefähigkeit der großen Masse ist nur sehr beschränkt, das Verständnis klein, dafür jedoch die Vergeßlichkeit groß.

(Adolf Hitler, Mein Kampf)

*) Die Veranstaltungen des Kabaretts „Floh de Cologne" finden jeden Mittwoch und Freitag um 21.00 Uhr im „Franziskaner am Gürzenich", Kleine Sandkaule 4—8, statt.

1) A. Hitler, Verordnung über die Deutsche Arbeitsfront, 24. Okt. 1934.
2) Gesellschaftspolitische Kommentare, Juli/H. 1, 1965.
3) nach: R. Opitz, Formierte Gesellschaft, in: Argumente zur Zeit, Nr. 17, H. 9/1965.
4) Gesellschaftspolitische Kommentare, H. 10/65 vom 15. 5. 1965.
5) Prof. Carl Schmitt: „Staat, Bewegung, Volk". Hamburg 1933, S. 35, 7 ff, 44 ff.
6) Dr. Dr. Ernst Schneider vor dem Arbeitskreis: „Der Unternehmer in Wirtschaft und Gesellschaft".
7) Aufruf des Leiters des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit zur Besetzung der Gewerkschaftshäuser vom 2. Mai 1933.
8) Ludwig Erhard: „Programm für Deutschland", Referat auf dem 13. Bundesparteitag der CDU, 31. März 1965.
9) Äußerungen eines SS-Führers — in: Eugen Kogon, Der SS-Staat, Stockholm 1947 S. 21 f.
10) Rosenberg: „Das Parteiprogramm", München 1941, S. 15 ff.
11) aus Goebbels Rede zur Eröffnung der Reichskulturkammer, 15. Nov. 1933.
12) A. Hitler, Rede in München, Sept. 1938..
13) Dr. Josef Hermann Unland, Deutsches Gemeinschaftswerk, Der Erhard-Plan für Gemeinschaftsaufgaben (ohne Verlagsangabe — Hrsg. vermutlich von der CDU-Bundesgeschäftsstelle).
14) Adolf Hitler, Mein Kampf, S. 371, 378, 198.
15) Prof. Otto Koellreutter: „Der Deutsche Führerstaat", Tübingen 1934, S. 13 ff.
16) aus: A. Hitlers Rede am 26. 9. 1938, Völkischer Beobachter vom 27. 9. 1938, S. 3.
17) Eric Voegelin, Die dritte Phase der Industriegesellschaft, in: Gesellschaftspolitische Kommentare 11/65.
18) Prof. L. Erhard, Der Weg in die Formierte Gesellschaft, in: Bulletin der Bundesregierung vom 28. 7. 1965.
19) Albrecht Pickert, Referat vor dem Arbeitskreis: Der Unternehmer in Wirtschaft und Gesellschaft.
20) Hermann Rauschning: „Gespräche mit Hitler", Zürich/New York 1940, S. 237.
21) A. Pickert, Referat: „Der Unternehmer und sein Mitarbeiter" (Zitiert nach den Presseunterlagen des Wirtschaftstages).
22) Prof. Ernst Forsthoff: „Der totale Staat", Hamburg 1933, S. 42.
23) J. Goebbels: „Wesen und Gestalt des Nationalsozialismus", Berlin 1934, S. 13.
24) Wahlaufruf der NSDAP vom 1. 3. 1932.

Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung · Peking 1965

Anm. d. Red.
In dem vorliegenden Artikel wird innerhalb des Konfliktes Moskau — Peking Stellung bezogen. Ohne sich mit den Schlußfolgerungen zu identifizieren ist die Redaktion allerdings der Auffassung, daß die „metaphysischen Vorstellungen der ‚friedlichen Koexistenz' und des ‚sozialistischen Weltsystems'" sowie deren Kritik von chinesischer Seite einer kritischen Diskussion unterworfen werden müssen, weil dieser Konflikt von entscheidender Bedeutung für die revolutionären Bewegungen der Dritten Welt und die Politik der Kommunisten- und Arbeiterpartei ist, nicht zuletzt aber deshalb, weil der Freiheitskampf des vietnamesischen Volkes nicht an diesem Konflikt scheitern darf. Ist Vietnam der Preis für „provinziellen Sozialismus" und „nationalen Egoismus"? Wir betrachten diesen Artikel als Ausgangspunkt für diese Diskussion.

Über den Ursprung und die Entwicklung der Meinungsverschiedenheiten zwischen der KPdSU und der KPCH wird in den letzten Jahren viel diskutiert; Klaus Mehnert [1]), Alexander Metaxas [2]), Edward Cranshaw [3]) u. a. behandeln dieses Thema aus der Perspektive des Journalisten. Dagegen liegt Donald S. Zagorias *Dokumenten-Sammlung* [4]) zur Peking-Moskau Kontroverse bisher nicht in deutscher Übersetzung vor. Als Ersatz kann man hier eventuell die Dokumenten-Sammlung von Hermann Weber heranziehen [5]), obwohl in der Auswahl der Titel und Begriffe bestimmte Absichten des Autors nicht zu übersehen sind. Als ein empfehlenswerter Kommentar zu der Entwicklung der Meinungsverschiedenheiten in der sozialistischen Welt bis Anfang 1963 wäre vor allem auf die Aufsätze von Leo Hubermann und Paul Sweezy The split in the capitalist world bzw. The split in the socialist world hinzuweisen. Um die Entwicklung bis Ende 1964, d. h. bis zur Neubesetzung der Stellen des 1. Sekretärs der KPdSU und des Regierungschefs der SU, und die Haltung der KPCH in der Kontroverse zu verstehen, kann jedoch keine bisher in der westlichen Welt greifbare Veröffentlichung die Dokumentation aus Peking ersetzen. Nach dem XXIII. Parteitag der KPdSU hat sich die Bedeutung dieser Sammlung keineswegs vermindert. Im Gegenteil: bezüglich der Stalinfrage, der Entwicklung der bewaffneten Befreiungskämpfe, der Frage der Solidarität und Souveränität sozialistischer Staaten und der weiteren Entwicklung des sozialistischen Internationalismus haben die Verlautbarungen der maßgeblichen chinesischen Stellen heute noch grundsätzliche Bedeutung.
Das Buch bringt vorwiegend Kommentare zum offenen Brief des ZK der KPdSU an das ZK der KPCH vom 30. März 1963 und zum offenen Brief des ZK der KPdSU vom 14. Juli 1963 an alle Parteiorganisationen und alle Kommunisten der Sowjetunion, Kommentare, die zwischen September 1963 und Dezember 1964 in „Hongqi" und „Renmin Ribao" gedruckt wurden. Die Stellungnahmen beziehen sich mehr auf die Äuße-

Hübert Freistühler
Versandbuchhandlung-Antiquariat 5840 Schwerte1
Postfach 124 Joseph-von-Eichendorff-Str.1 Ruf 3460

Interessenten erhalten kostenlos und unverbindlich meine Bücherlisten über Philosophie, Religionskritik, Freidenkertum, Atheismus, Marxismus, Sozialismus, Politik, Geschichte, Literatur u. a. Wissensgebiete.

rungen vom 14. Juli als auf die vom 30. März, denn der Brief vom 14. Juli ist äußerst polemisch und subjektivistisch verfaßt worden, derart, daß jedes Mitglied der KPdSU und jeder Russe nach gutgläubiger Lektüre dieses Briefes sich lieber auf die Seite der Kapitalisten gegen China als auf die der chinesischen Kommunisten gegen die Kapitalisten stellen würde. (Diese beiden Briefe sind als Anhang mitherausgegeben!) In diesen Briefen der KPdSU werden an Stelle einer dialektischen oder historischen Argumentation die metaphysischen Vorstellungen der „friedlichen Koexistenz", des „sozialistischen Weltsystems", des „Humanismus im Atomzeitalter" herausgestellt, um die Chinesen als „abenteuerlich", „dogmatisch", „hochmütig", „realitätsfremd" abzustempeln. („Papiertiger" wird allerdings nicht im entsprechenden Zusammenhang zitiert!) In den Briefen heißt es, die Chinesen verstünden nichts vom „Wesen" des Marxismus-Leninismus. Typisch ist auch, die chinesischen Vorstellungen einer anti-kolonialen und anti-imperialistischen Theorie verständnislos; ironisch und lächerlich wiederzugeben: „Es erwies sich jedoch, daß die chinesischen Genossen Lenin „korrigieren" und beweisen wollen, daß nicht die Arbeiterklasse, sondern das Kleinbürgertum oder die nationale Bourgeoisie oder sogar „einige patriotisch gesinnte Könige, Prinzen und Aristokraten" der Hegemon des weltumspannenden Kampfes gegen den Imperialismus sein müssen" (S. 641). Um dem Zynismus der russischen Bruderpartei zu begegnen, haben die chinesischen Kommunisten — in chinesischer Dialektik mit der Lehre von Lenin und Marx — in den Kommentaren erstens die Behauptung des ZK der KPdSU zu berichtigen und zweitens die Generallinie Chruschtschows zu korrigieren versucht, wobei die Stalinfrage und die Frage der anti-kolonialen Revolution ausschlaggebend zu sein scheinen. Artikel wie „Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?", „Zwei Linien in der Frage von Krieg und Frieden", „Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz", „Über den Pseudokommunismus Chrutschschows und die historischen Lehren für die Welt" oder „Warum Chruschtschow von der Bühne abgetreten ist" und „Die proletarische Revolution und der Revisionismus Chruschtschows" sind mehr oder weniger als Begleiterscheinung zu den Hauptstreitfragen eines Disputes aufzufassen, der offenkundig noch nicht abgeschlossen worden ist.

Den Ursprung der Meinungsverschiedenheiten datieren die Chinesen auf den XX. Parteitag der KPdSU im Jahre 1956 (S. 67), im Gegensatz zu der Behauptung des ZK der KPdSU, welches der Ansicht ist, die KPCH hätte den Meinungsstreit mit der Veröffentlichung von „Es lebe der Leninismus" begonnen. (Die psychologisierenden Spekulationen der sogenannten China-Experten nehmen als Anfang der Kontroverse das Massaker von Shanghai im Jahre 1927). Chinesische Politiker führen die Tatsache, daß sie der Politik Chruschtschows nicht zustimmen können, auf seine folgenden Erklärungen zurück: „Wir wollen Freundschaft und Zusammenarbeit mit den USA auf dem Gebiet des Kampfes für Frieden und Sicherheit der Völker sowie auf wirtschaftlichen und kulturellen Gebieten", während gleichzeitig die US-Streitkräfte eine Provinz Chinas besetzen und China ringsum mit hochentwickelten Waffensystemen bedrohen und die US-Regierung nichts anderes wünscht, als daß durch Isolierung Chinas das sozialistische System zusammenbricht.

Die Zurückhaltung Chinas auf dem XX. Parteitag der KPdSU wurde — bewußt oder unbewußt — nicht verstanden bis 1960, als Chruschtschow die USA besuchte, sich eindeutig auf die Seite Indiens im Indisch-Chinesischen Grenzkonflikt stellte und im Juli die Sowjetregierung plötzlich einseitig beschloß, innerhalb eines Monats alle in China tätigen sowjetischen Fachleute zurückzurufen und damit Hunderte von Abkommen und Kontrakten zerriß ... (S. 93), also Koexistenz auf Kosten anderer sozialistischer Länder und der fortschrittlichen Kräfte in Asien, Afrika und Lateinamerika betrieb. China wurde als stalinistisch beschimpft, weil chinesische Politiker nicht wie Chruschtschow Stalin völlig zu negieren gedachten. Die KPCH betrachtete Stalin nüchterner: „Die KPCH ist seit jeher der Ansicht, daß Stalin einige Fehler gemacht hat. Diese Fehler haben ihren ideologischen Ursprung. Es ist notwendig, die von Stalin tatsächlich begangenen Irrtümer von einem korrekten Standpunkt aus und mit korrekten Methoden zu kritisieren, nicht aber Fehler, die ihm grundlos zugeschrieben werden ..." (S. 135). „In seiner Denkweise wich Stalin in einigen Fragen vom dialektischen Materialismus ab und verfiel in Metaphysik und Subjektivismus ..." „Auch in der Behandlung der Beziehungen zwischen den Bruderparteien und Bruderländern beging er manche Fehler. In der internationalen kommunistischen Bewegung gab er ebenfalls einige falsche Ratschläge ..." (S. 137).

„Wir verteidigen Stalin, aber nicht seine Fehler. Einige Fehler Stalins haben die chinesischen Kommunisten schon vor langem am eigenen Leib gespürt" (S. 140). Vor allem ist es — nach Ansicht der KPCH — Chruschtschow vorzuwerfen, „unter dem Vorwand des sogenannten Kampfes gegen den Personenkult sich in die internen Angelegenheiten von Bruderparteien und Bruderländern einzumischen ..." (S. 151).

Für die Zukunft der Weltpolitik wird der Meinungsstreit zwischen China und Rußland bezüglich der anti-kolonialen und anti-imperialistischen Revolution in der Dritten Welt zweifelsohne eine entscheidende Rolle spielen, was in dem Kapitel „Die Verfechter des neuen Kolonialismus" [5] (Hermann Weber überschreibt dieses Kapitel „Chrutschtschow ist ein Neokolonialist", wahrscheinlich aus Schadenfreude!) eingehend behandelt wird. Hier spielt der Begriff „Weltproletariat" eine konzeptionell außerordentlich wichtige Rolle. Denn in diesem Begriff spiegelt sich die tatsächliche Vorstellung der Weltrevolution in chinesischer Sicht. Leider werden die ökonomischen Tatsachen in den konkreten Verhältnissen der weltpolitischen Konstellation zu wenig ausgeführt. Hier geht es vor allem um die strategische Bedeutung der nationalen Befreiung im Rahmen der Weltrevolution, in einer Situation, in der 80 % der Menschheit zum Weltproletariat gehören und heute im Durchschnitt nicht minder elend leben als das europäische Proletariat seinerzeit, als Marx die Arbeiterschaft analysierte. Mit den USA in einer „friedlichen Koexistenz" zu leben, während Lateinamerika von den US-Kapitalisten ausgebeutet wird — sie gewinnen dort 4000 Dollars in jeder Minute — und während die US-Regierung mit Gewalt eine fortschrittliche Entwicklung in der Dritten Welt verhindert, ist in der Tat vorläufig nichts als eigensinnige Illusion. Die Vorstellung des „sozialistischen Weltsystems", das von der Gegebenheit einiger etablierter sozialistischer Länder ausgeht, geht eben hier an den tatsächlichen Verhältnissen vorbei und kann nur als provinzieller Sozialismus gerechtfertigt werden oder tatsächlich als nationaler Egoismus, der einen neuen Klasseninhalt manifestiert.

Suzuki

1) Klaus Mehnert
Peking und Moskau
München 1964 (Stuttgart 1962)
2) Alexander Metaxas
Peking gegen Moskau
München 1959 / List Bücher Nr. 155
3) Edward Cranshaw
Moskau gegen Peking — neuer Kalter Krieg
Hamburg 1964 / Rowohlt
4) Donald S. Zagoria
The Sino-Soviet Conflict 1956—1961
Princeton 1962
deutsch soeben bei RÜTTEN & LOENING
5) Hermann Weber
Konflikte im Weltkommunismus
Eine Dokumentation zur Krise Moskau-Peking
Peking / München 1964.

edition suhrkamp
jeder Band 3Mark

Neue Bände

Henri Lefèbvre
Der dialektische Materialismus
Band 160 - Deutsche Erstausgabe
Diese Darstellung gilt bereits als klassisch. Levèbvre geht davon aus, daß der wesentliche Inhalt der materialistischen Dialektik in der Kritik der politischen Ökonomie besteht.

Alexander Mitscherlich
Krankheit als Konflikt
Band 164 - Erstausgabe
Studien zur psychosomatischen Medizin 1. Jede einzelne dieser Studien sucht Krankheit als Mitteilung tiefgreifender, oft verdeckter Verhaltensstörungen zu verstehen. Krankheiten formulieren Konflikte, die der Arzt begreifen muß, wenn Heilung stattfinden soll; in ihnen meldet sich individuelles und soziales Befinden.

Maurice Dobb
Organisierter Kapitalismus
Band 166 - Deutsche Erstausgabe
Ausgehend von der Erkenntnis, daß die wirtschaftlichen und die gesellschaftlichen Momente des historischen Geschehens nicht getrennt untersucht werden können, hat Dobb detaillierte Analysen des modernen, „organisierten" Kapitalismus und dessen „Lebensbedingungen" angestellt.
Aus dem Inhalt: Der Kapitalismus zwischen den zwei Weltkriegen; Wirtschaft und Wirtschaftsbegriff im Sozialismus; Über einige Beispiele zeitgenössischer ökonomischer Theorien u. a.

Suhrkamp Verlag

Zeitschriftenüberblick

Mai / Juni 1966

Marxistische Blätter Mai/Juni 3: Dr. John Lewis, Die Krise der britischen Philosophie — Bassam Tibi, Zur Ideologie der arabischen Baath-Partei. In seinem Artikel zur „Ideologie der Baath-Partei" charakterisiert Bassam Tibi den Sozialismus, dem diese Partei in Syrien anhängt, als romantisch und eine Seelenlehre. Der Mangel an Wissenschaftlichkeit, d. h. an einer objektiven Erkenntnis der Gesellschaft, führt zu einer phrasenhaften Politik, die weit davon entfernt ist, den Sozialismus tatsächlich zu realisieren. Unter diese Charakteristik fällt auch die Chinafreundlichkeit der Offiziere, die jüngst die Macht eroberten, aber kein wirkliches politisches und gesellschaftliches Konzept besitzen.

Gewerkschaftspost 5/66: Über die unmenschlichen Verhältnisse in Persien und die Ursachen dafür, die er in der feudalistischen Struktur des Landes findet, berichtet Tuman Bezad. Obwohl Lebensmittel teurer sind als in den USA, übersteigt das Jahreseinkommen von 85 % des Volkes nicht 280 DM. Auf 20 Millionen Einwohner kommen 22 000 Krankenbetten. 85 % des Volkes sind Analphabeten. Der Staat gibt jährlich 50 Millionen für Bildung, 30 Millionen für Gesundheit und 600 Millionen für das Heer aus, das nach den Worten ihres Chefs nicht gegen eine ausländische Macht kämpfen soll: „Dank der US-Hilfe ist die Armee in der Lage, mit der Zivilbevölkerung fertig zu werden. Im Geheimdienst arbeiten 60 000 Leute. Hingerichtet werden häufig schon politisch VERDÄCHTIGE. Einer kleinen Oberschicht, die insgesamt nur 2 % des Volkes stellen, gehört über 80 % des Landes und die Dörfer. Sie ballen den Reichtum in ihren Händen. Ich kenne Kinder, die sich jahrelang nackt wie die Würmer im Dreck wälzen und sich von Unkraut und faulen Fischen ernähren."

Blätter für deutsche und int. Politik 5: Claudia Wolff, Die Formierer gehen pragmatisch vor — Paul Neuhöffer, Die Legende von der „demokratischen" Notstandsgesetzgebung, — Kurt Beutler, Die konservative Pädagogik und ihr Verhältnis zur Politik — Kalixte Mukendi, Afrikas Kampf um die 2. Unabhängigkeit.

express-international 33: Ernst Fischer, Wolf Biermann — Olaf Radke, Zur Verfassungsfrage und Notstandsgesetzgebung — Harry Ristock, Volkspartei und Demokratie — Joachim Steffen, Wirtschaftliche Macht — politische Herrschaft.

neue kritik 35 (organ des sds — frankfurt, wilhelm-hauff-straße 5): Schauer, W. Abendroth zum 60. Geburtstag — J. Seifert, Der Kampf um Verfassungspositionen — R. Havemann, Vietnam und wir — André Gorz, Studium und Facharbeit heute.
(Außerdem sind im Verlag neue kritik erschienen:
Neokapitalismus, Rüstungswirtschaft, Westeuropäische Arbeiterbewegung — Protokoll einer Tagung von SDS und Sozialistischem Bund mit Beiträgen von Ernest Mandel (Brüssel), Prof. März und Prager (Österreich), 145 S., 6,80 DM.
Kurt Steinhaus, Vietnam: zum Problem der kolonialen Revolution und Konterrevolution, 80 S., 4,80 DM.)

express-international 5/66: Ein bemerkenswertes Zeugnis für die revolutionären Möglichkeiten in Afrika liefert Sansibar, das sich mit Hilfe besonders der DDR und China wirtschaftlich schnell entwickelt hat, nicht obwohl, sondern weil es auf Privatinvestitionen aus dem Ausland verzichtet hat. Besondere Leistungen erzielte das Land im Schul- und Gesundheitswesen und in der Landwirtschaft, in der Chinesen mit einer doppelten Ernte experimentieren.
Die Hauptartikel beschränken sich auf Detailkritik an der SPD und versperren sich damit immer mehr die Möglichkeit einer wirklich konstruktiven Theorie.

Neue Juristische Wochenschrift 20: Moller, Die Kriegsdienstverweigerung des Soldaten — Zillmer, Ist die Preisgabe illegaler Staatsgeheimnisse strafbar?

Sozialistische Hefte 5/66: Prof. Staughten Lynd überführt in seinem Artikel über die „Friedensoffensive" die Amerikaner der glatten Lüge: Während der Einstellung des Flächenbombardements in Nordvietnam wurde die Eskalation im Süden radikal weitergetrieben. Obwohl nachgewiesen wurde, daß die Vietcong die gestellten „Bedingungen" einhielten und sich in die Berge zurückzogen, wurde am 29. Januar die Bombardierung wieder aufgenommen. Es war den Amerikanern klar, daß ohne die Beteiligung der FNL niemals eine Friedensverhandlung zustande kommt.
Antonio Lettieri zeigt, wie die Integrationspolitik der italienischen linken Mitte und ihr wirtschaftliches Stabilisierungsprogramm mit klassischen Mitteln auf Kosten der Arbeiter zur Stärkung oder gar erst zur Bildung riesiger Monopole geführt hat, deren Wohlwollen sie jetzt genießen.

Sozialistische Hefte 6/66: Joachim A. Planz arbeitet in seinem Artikel: „Neues Familienrecht in der DDR" den qualitativen Unterschied zu dem in der BRD heraus. Wie sich aus dem konfusen neuliberalen Denken der CDU konsequent der Plan einer formierten Gesellschaft entwickelt hat, mit der für den Staat wirksame Instrumente einer massiven Kontrolle und Beherrschung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens geschaffen werden sollen, zeigt Joachim Fink durch seine Analyse des 13. und 14. Parteitages der CDU auf.

Student und Politik

Berlin: Der AStA der FU-Berlin richtete an die Delegierten des Bundeskongresses des DGB in Berlin ein Schreiben, in dem er dazu aufrief, die in Hannover vor zwei Jahren beschlossene Ablehnung der Notstandsgesetze nicht aufzuheben. Außerdem versicherte er dem DGB die Sympathie der FU-Studenten in der Durchsetzung der Mitbestimmung: „Die Bemühungen der Gewerkschaften um einen Ausbau der Mitbestimmung der Arbeitnehmer finden unser besonderes Interesse, da wir uns im Kampf um eine demokratische Universitätsverfassung, die das derzeitige hierarchische Gliederungsprinzip ablösen soll, in einer ähnlichen Auseinandersetzung befinden wie die Gewerkschaften."

Köln: Auf der 1. Sitzung des Studentenparlaments im SS 66 mußte der AStA-Vorsitzende Laepple dementieren, die Anregung eines Verbots der politischen Hochschulgruppen in Erwägung gezogen zu haben. Obwohl das Parlament ihn nicht explizit zwang, seine mehr als unqualifizierte parteiliche Äußerung über die Vietnam-Demonstration Kölner Studentengruppen zurückzuziehen, zeigt das Verbot, politische Stellungnahme ohne Beratung mit dem Studentenparlament abzugeben, das tiefe Mißtrauen, das das Parlament dem AStA-Chef entgegenbringt. In einem vor der Sitzung vom SDS verteilten Flugblatt hieß es u. a.: „Laepple distanzierte sich im voraus von der Vietnamdemonstration, obwohl AStA und Studentenparlament der Universität Köln sich ein politisches Mandat selbst abgesprochen haben. Wir sind immer gegen eine derartige politische Selbstentmündigung eingetreten. Wir sind aber nicht bereit zuzusehen, wie der der CDU nahestehende Kölner AStA-Vorsitzende diese Selbstentmündigung zu fragwürdigen politischen Äußerungen mißbraucht".

Stockholm: Am 1. Mai verbrannten in Stockholm Studenten mehrere amerikanische Fahnen. Nach Korrespondentenberichten der Frankfurter Rundschau hat der Widerstand gegen die amerikanische Vietnampolitik in Schweden den stärksten Widerhall Europas überhaupt.

Bonn: Mitglieder des SDS und Theologiestudenten demonstrierten gegen den SPD-Abgeordneten Wenzel Jaksch und seine 70 000 Vertriebenenfreunde, die mit ihren Organisationen, u. a. „Heimatgruppe Rübezahl", nach Bonn gekommen waren, um wiederum lauthals ihre Gebietsforderungen

Ein Begriff für Studierende

FAHRSCHULE

H E L M I N

Köln · Roonstraße 84 . Ruf 23 81 16

zu verkünden. Neben Prügel durch Vertriebene und Polizei und Festnahmen ernteten die Studenten eine ausgezeichnete Presse.

Köln: Am 1. Mai beteiligte sich wiederum der Sozialistische Deutsche Studentenbund. Vor allem ausländische Kommilitonen waren seinem Aufruf zur Teilnahme gefolgt, in dem es unter anderem hieß: „Wo in der Welt Veränderungen vor sich gehen, wo gegen Unterdrückung, die etablierte Herrschaft kleiner, aber mächtiger Cliquen, gegen Ausbeutung, Hunger, Reaktion und Krieg Widerstand erwacht, wurde dieser auch von Studenten und Schülern getragen. Ihr Kampf richtet sich gegen die Mythen, die um diese Ideale (Freiheit, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Anm. d. Red.) gewoben werden, um Volk und Gesellschaft leichter beherrschen und manipulieren zu können. An den Opfern tragen jedoch vor allem diejenigen, deren einziger realer Besitz die eigene Arbeitskraft ist . . . Ihr Kampftag ist der 1. Mai. Ihre Forderungen nach Teilhabe an den Entscheidungen über die Grundfragen in Wirtschaft und Gesellschaft sind die nach realer Demokratie und realer Freiheit. Der 1. Mai steht damit nicht zuletzt im Zeichen des Kampfes gegen die drohende Notstandsdiktatur hier und die unheilvolle Militärdiktatur der USA in Vietnam — Exempel für Unfreiheit und permanenten Krieg".
Ihre mitgeführten Transparente drückten das aus: „Gegen Krieg und Kapitalismus — Für Frieden und Sozialismus" — „Vietnamesischer Bauer — Opfer des amerikanischen Kapitalismus" — „Notstandsgesetze + Zerschlagung der Gewerkschaften — Diktatur des Kapitals".
Wie immer bei solchen Anlässen waren sie wie auch die anderen Demonstranten des 1. Mai fotogene Opfer der Kameras des Verfassungsschutzes und der politischen Polizei.

Rom: Bei handgreiflichen Auseinandersetzungen zwischen neofaschistischen Studentenorganisationen und anderen Studenten „verunglückte" der Architekturstudent Rossi tödlich. Rektor Papi, der die Umtriebe neofaschistischer Gruppen an der Universität zugelassen hatte, mußte sich dem Druck der fortschrittlichen Studenten und Professoren, die in einen Streik getreten waren, beugen und zurücktreten.

Madrid: 8 Studentenführer des neugegründeten Demokratischen Studentensyndikats" sind festgenommen worden. Auf sie warten jahrelange Zuchthausstrafen. 7 konnten sich zunächst in den Untergrund retten.

Karl-Marx-Stadt: Zum 8. Deutschen Arbeiter-Jugend-Kongreß war eine Beobachterdelegation der SDS-Gruppe-Köln über Pfingsten nach Karl-Marx-Stadt eingeladen worden. Die westdeutschen Gäste — es waren etwa 1500 junge Arbeiter — hatten Gelegenheit, VEB-Großbetriebe zu besichtigen, Sport- und Jazzveranstaltungen, Lyrikiesungen, Kunstausstellungen, Kabarett- und Schauspielaufführungen (wie „Die Ermittlung" von Peter Weiss) u. a. zu besuchen. In zahlreichen offenen Aussprachen — z. B. über Arbeiterjugend und Bildung, Kunst und Politik, Notstandsgesetze, Wiedervereinigung, Kommunalpolitik — wurde mit Arbeitern und Studenten der DDR diskutiert. Wieder einmal zeigte sich, daß durch offene Diskussionen wie sachliche persönliche Gespräche die zahlreichen Vorurteile über die Verhältnisse in der DDR aufgehoben werden, — Vorurteile, die die herrschenden Kräfte in der BRD unermüdlich suggerieren, um den gesellschaftlichen Fortschritt in der DDR zu verfälschen.

Köln/Bonn: Am 15. Juni marschierten etwa 100 iranische Studenten von Köln nach Bonn, um für die Freilassug zweier in Teheran zum Tode verurteilter Bürger bzw. aller politischen Gefangenen in Persien zu demonstrieren. Der SDS und das Bonner Studentenparlament erklärten sich mit dieser Aktion solidarisch.

Hamburg: Allgemeiner Studentenausschuß und Evangelische Studentengruppe erklärten durch einen Aufruf zu einem Schweigemarsch ihre Solidarität mit den persischen Studenten, die in Hamburg einen mehrtägigen Hungerstreik durchführten. Ihre Forderungen gehen aus einem gemeinsamen Flugblatt des ASTA und der ESG an der Universität Hamburg hervor:
„Vor wenigen Tagen sind in Persien in zwei politischen Geheimprozessen vor Militärgerichten — in einem 54 (5 unter 18 Jahren), im anderen 8 — junge Menschen, darunter viele Studenten, verurteilt worden.
Es sind 3 Todesurteile, lebenslängliche Zuchthausstrafen, Gefängnisstrafen bis zu 10 Jahren mit Zwangsarbeit verhängt worden.
1. Die zum Tode verurteilten jungen Perser müssen begnadigt werden, 2. müssen alle Verurteilten noch einmal vor ein ordentliches Gericht gestellt werden, 3. müssen internationale Beobachter zum Prozeß zugelassen werden, 4. müssen die Verurteilten einen ausreichenden Rechtsschutz erhalten, 5. dürfen die Verhöre die in der Charta der UN niedergelegten Menschenrechte nicht verletzen."

Aus dem DGB-Beschluß zu den Notstandsgesetzen

„Der 7. Ordentliche Bundeskongreß bekräftigt die 1962 auf dem DGB-Kongreß in Hannover gefaßten Beschlüsse zur Notstands- und Notdienstgesetzgebung. Er stellt mit Befriedigung fest, daß die Bundesregierung mit ihrer seit Jahren verfolgten verfassungsändernden Notstandsgesetzgebung und der Einführung einer allgemeinen Dienstverpflichtung bisher nicht zum Ziele gekommen ist, und sieht darin nicht zuletzt einen Erfolg der gewerkschaftlichen Haltung.
Die Gewerkschaften lehnen auch weiterhin jede Notstandsgesetzgebung ab, welche die demokratischen Grundrechte einschränkt und besonders das Versammlungs-, Koalitions- und Streikrecht der Arbeitnehmer und ihrer gewerkschaftlichen Organisationen bedroht. Nach wie vor wenden sie sich vor allem gegen eine allgemeine Dienstverpflichtung und die dafür erforderliche Abänderung des Artikels 12 Absatz 2 des Grundgesetzes, der eine allgemeine Zwangsarbeit verbietet."

WIR MÜSSEN JETZT HANDELN

Von KURT BRUMLOP

Man kann als Gegner der Notstandsgesetzgebung nur dann des Abstimmungserfolges auf dem Berliner DGB-Kongreß froh werden, wenn aus diesem Beschluß auch die Konsequenzen gezogen werden. Höchst verderblich wäre es, wenn man sich mit einem papiernen Nein begnügen würde, ohne tatkräftige Schritte gegen weitere Notstandsgesetze zu unternehmen.
Der Rückgang der Nein-Stimmen gegenüber Hannover ist sicher größtenteils auf diesen Mangel an gewerkschaftlicher Aktivität zurückzuführen. Diese Tatenlosigkeit darf man nicht nur dem DGB ankreiden. Die Kritik geht auch, wie sich auf dem Kongreß recht wirkungsvoll gezeigt hat, an die Adresse der Gewerkschaften, und zwar sowohl der entschiedenen Gegner einer Notstandgesetzgebung als auch der Anhänger eines bedingten Ja.
Das innergewerkschaftliche Unbehagen über den bisherigen unbefriedigenden Zustand wurde in der Berliner Notstandsdebatte mehr als einmal deutlich.
Was ist zu tun? Wenn wir 1969, auf dem nächsten DGB-Kongreß, nicht zähneknirschend vollendete Tatsachen hinnehmen wollen, dann muß jetzt gehandelt werden.
Wenn die Bundesregierung das Volk in Sachen Notstand nicht aufklärt — und sie tut es höchstens in Form von Propaganda für ihre Vorstellungen —, dann müssen wir es tun, und zwar in Wort, Schrift und Bild. Versammlungen, Kundgebungen und Aufklärungsschriften sind nötig, aber die Gewerkschaften als einzige entschiedene Gegenspieler der Regierung und der Staatsbürokratie bei der Notstandsgesetzgebung haben auch Anspruch auf Sendemöglichkeiten in Rundfunk und Fernsehen.
Wie steht es aber mit Gesprächen über Notstandsfragen, z. B. sogenannten „hearings", nach angelsächsischem Muster in Bundestagsausschüssen oder anderswo? Sie sind durch die vom Bundeskongreß angenommene Entschließung Nr. 16 der IG Metall keineswegs verboten! Im Gegenteil! Es wird notwendig sein, überall den gewerkschaftlichen Standpunkt zu erhärten, der jegliche Form der Dienstverpflichtung und jede Einschränkung der Grundrechte ausschließt.
Diese Aufgabe wird vor allem dem DGB zufallen. Die Kritik am DGB kam auf dem Kongreß beileibe nicht nur von links. Der 2. Vorsitzende der Postgewerkschaft, Gscheidle, Befürworter des Gegenantrages in Notstandsfragen, bedauerte, daß der DGB keine entschlossenere und mutigere Führung gehabt habe.
Wie aber steht es mit dem Widerstand im Ernstfall? In dem Initiativantrag der „Leber"-Richtung wird er angedroht bei „jedem Versuch eines Mißbrauchs von Notstandsgesetzen". Dann dürfte es reichlich spät sein für einen erfolgversprechenden Widerstand.
Darf man daran erinnern, daß drei große Gewerkschaften, die IG Bergbau, die IG Metall und die IG Chemie in ihren Satzungen eine Bestimmung haben, die besagt, daß die Hauptvorstände dieser Gewerkschaften bei Gefährdung der demokratischen Grundordnung oder der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung ohne Urabstimmung zum Streik aufrufen können?
Die Aufgabe, in einer solchen Situation zu einem „allgemeinen Streik" aufzurufen, wurde am 24. Juli 1962 durch Beschluß des Bundesausschusses des DGB dem DGB übertragen. Der Beschluß wurde vom Bundeskongreß in Hannover bestätigt. Er gilt heute noch. Damit soll nicht zum Streik gegen das Parlament aufgefordert werden. Aber es ist doch gut, zu wissen, daß die Gewerkschaften sich schon vor Jahren Gedanken über eine wirksame Verteidigung der Demokratie gemacht haben.

(zitiert aus Gewerkschaftspost Nr. 6.66)

Hurra –
gewonnen
und außerdem
gespart
SPRENGEL
PS
durch
PRÄMIEN
SPAREN
bei der
SPARKASSE DER STADT KÖLN
HAUPTSTELLE HABSBURGERRING 2-12 · ZWEIGSTELLEN IN ALLEN STADTTEILEN